

PROJEKTBERICHT

Analyse der Situation österreichischer zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Umweltbereich

Teilprojekt von Civic space preservation and restoration (CPR)

Ruth Simsa

Oktober 2024



„Finanziert von der Europäischen Union. Die geäußerten Ansichten und Meinungen sind jedoch ausschließlich die des Autors/der Autoren und spiegeln nicht unbedingt die Ansichten der Europäischen Union wider. Weder die Europäische Union noch die Bewilligungsbehörde können für sie verantwortlich gemacht werden.“

1. PROJEKTZIEL UND FORSCHUNGSFRAGEN

Im Rahmen des EU-Programms CERV (Citizens, Equality, Rights and Values Programme) wird das Projekt „**Civic space preservation and restoration**“ zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Umweltbereich in Kroatien und Österreich schulen. Dies soll die Zivilgesellschaft stärken und widerstandsfähiger gegen Angriffe auf ihre Handlungsspielräume machen. Neben der Schulung von Advocacy-Fähigkeiten soll dies auch durch den internationalen Austausch von Aktivist:innen geschehen.

Ziel des Teilprojekts:

Das Teilprojekt „**Analyse der Situation österreichischer zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Umweltbereich**“ analysiert die Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlicher Organisationen (NGO) sowie andere Akteur:innen der Zivilgesellschaft im Umweltbereich, mit Fokus auf Versuche, deren Handlungsspielräume einzuschränken. NGOs und Aktivist:innen geraten häufig unter Druck vonseiten der Politik, der Medien, der Polizei und anderer Akteur:innen. Analysen zeigen, dass diese Versuche der Restriktion zivilgesellschaftlicher Beteiligung derzeit auch in Europa zunehmen (Hummel & Strachwitz, 2023). Die Erhebung unterschiedlicher Formen von Druck soll die Basis für die Entwicklung geeigneter Strategien sein, zivilgesellschaftliche Handlungsspielräume zu bewahren und auszubauen. Die breite Kommunikation der Ergebnisse soll weiters Öffentlichkeit und Bewusstsein schaffen für Restriktionen.

Im Rahmen des Projekts werden folgende Forschungsfragen bearbeitet:

- Welchen Druck erleben zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Umweltbereich in Österreich?
- Welche Konsequenzen hat der Druck auf zivilgesellschaftliche Akteur:innen?
- Welche Unterstützung benötigen NGOs bzw. Aktivist:innen, um mit dem auf sie ausgeübten Druck gut umgehen zu können?

2. METHODISCHE HERANGEHENSWEISE

Methodisch stützt sich das Projekt auf drei Säulen:

1. Literaturrecherche und Desk Review

Internationale Befunde zur Situation der Zivilgesellschaft bzw. veränderter zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume (changing civic spaces), sowie Formen der Repression werden analysiert und mit Fokus auf Österreich zusammengefasst.

2. Qualitative Erhebung

Es wurden insgesamt 30 qualitative, semistrukturierte Einzelinterviews mit Akteur:innen der Zivilgesellschaft durchgeführt, 6 davon mit Expert:innen aus der Wissenschaft bzw. Rechtssystem, 15 mit Aktivist:innen und 10 mit Vertreter:innen von NGOs bzw. Initiativen im Umweltbereich. Die Einzelinterviews wurden aufgezeichnet, transkribiert und mittels Inhaltsanalyse (Mayring, 2000) ausgewertet. Die Kontakte wurden entweder von Global 2000 vermittelt oder im Zuge eines Schneeballsystems gewonnen. Es wurde darauf geachtet, aufseiten der NGOs die relevanten Akteur:innen zu inkludieren, also große und bekannte NGOs. Auf Seiten der Aktivist:innen wurde primär auf Heterogenität in Bezug auf organisationale Zugehörigkeit geachtet, also darauf, wesentliche gegenwärtige Organisationen der Klimabewegung wie Fridays for Future, Last Generation, Extinction Rebellion, Lobau Bleibt, Parents for Future zu inkludieren.

3. Quantitative Erhebung

Um eine Einschätzung der quantitativen Bedeutung der genannten Formen des Drucks sowie ihrer Auswirkungen und möglicher Strategien vornehmen zu können, wurde auch eine quantitative Erhebung durchgeführt. Diese wurde von 83 Akteur:innen der Zivilgesellschaft ausgefüllt. 81 % der Befragten gab an, sich in einer NGO zu engagieren und 14 % bezeichnete sich als Teil einer aktivistischen Gruppe oder eines Netzwerks. 5 % gab „Sonstige“ an, wobei diese in den offenen Antworten angaben, dass sie ihre Organisation sowohl als NGO als auch als aktivistische Gruppe betrachteten. Der Großteil der befragten Organisationen (61 %) gab an, 51 bis 100 Angestellte in ihrer Organisation zu beschäftigen. 26 % beschäftigt zwischen einem und 50 Angestellte und nur 1 % mehr als 100 Angestellte. 12 % gab an, keine Angestellten zu haben. Etwa ein Drittel der befragten Organisationen (30 %) gab an, 51 bis 100 und ein weiteres Drittel (32 %) mehr als 100 aktive Mitglieder oder Freiwillige zu haben. Bei 24 % der Organisationen engagieren sich 21–50 aktive Mitglieder, bei 5 % 11–20 und bei 8 % der Organisationen nur 1–10 Freiwillige. Der überwiegende Großteil der befragten Organisationen (82 %) finanziert sich überwiegend über Spenden und nur 3 % über öffentliche Gelder. 16 % der Organisationen gab bei der Frage zu ihrer Finanzierung „Sonstige“ an. Aus den offenen Antworten ist ersichtlich, dass einige sich sowohl durch Spenden als auch öffentliche Gelder finanzieren. Jedoch wurden hier auch andere Finanzierungsquellen genannt, u. a. Projekte, Kooperationen, Vereinsbeiträge etc. Die Auswertung erfolgte deskriptiv. Die Adressdaten wurden von der Auftraggeber-Organisation Global 2000 zur Verfügung gestellt.

3. DEFINITIONEN

Zivilgesellschaft wird definiert als die Summe von Akteur:innen und Handlungen, die ein Mindestmaß an Autonomie von Markt und Staat aufweisen, die nicht gewinnorientiert auf die Gestaltung politischer Prozesse und/oder sozialer Lebensbedingungen gerichtet sind und im Rahmen kollektiven Handelns stattfinden. Zivilgesellschaft betont das private, nicht gewinnorientierte Engagement, verbunden mit der Hoffnung auf mehr Partizipation, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. NGOs bzw. NPOs sind oft wichtige Akteure der Zivilgesellschaft, aber nicht die Einzigen; so zählen bspw. auch soziale Bewegungen oder Gruppen von engagierten Bürger:innen zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren (Meyer et al., 2022; Simsa, 2022b).

Organisationen der Zivilgesellschaft werden oft synonym bezeichnet als NPO (Non-Profit-Organisationen), NGO (Non-governmental Organization) oder CSO (Civil Society Organization). Diese Studie verwendet den Begriff der NGO. Wenn auf Literatur oder Aussagen in Interviews Bezug genommen wird, die die Terminologie NPO oder CSO verwenden, dann werden diese Begriffe verwendet. Orientiert an der auch im internationalen Gebrauch gängigsten Definition (Meyer et al., 2022) werden NGOs respektive NPOs hier definiert als Organisationen, die (1) durch ein Mindestmaß an formaler Organisation gekennzeichnet sind; (2) private, nicht staatliche Organisationen sind; (3) keine Gewinne an Eigentümer:innen oder Mitglieder ausschütten; (4) ein Minimum an Selbstverwaltung bzw. Entscheidungsautonomie aufweisen; (5) durch ein Minimum an Freiwilligkeit gekennzeichnet sind.

Civic Space – also zivilgesellschaftlicher (Handlungsspiel)Raum meint jene Sphäre, in der sich zivilgesellschaftliche Akteur:innen frei bewegen, organisieren, protestieren und legitimerweise Protest äußern können, also „(...) space to organize, to operate, to have a legitimate voice, to protest and to dissent.“ (Hayes et al., 2017, S. 3). Zivilgesellschaftliche Aktivitäten sind Handlungen, die im Rahmen dieses zivilgesellschaftlichen Raumes vollzogen werden, sei es im Rahmen von NGOs oder informell, in Netzwerken oder informelleren Zusammenschlüssen und Initiativen im Zusammenhang mit sozialen Bewegungen.

4. RAHMEN- BEDINGUNGEN DER ZIVILGESELLSCHAFT:

Changing Civic Spaces

4.1. Allgemein

Die Zivilgesellschaft ist ein wichtiger Faktor der Demokratie. Sie fördert Gemeinschaftsbildung und Vernetzung und im Rahmen von Advocacy bringt sie wichtige gesellschaftliche Themen auf die politische Tagesordnung. Dafür sind politische Rahmenbedingungen entscheidend. Abgesehen von allgemeinen Bürgerrechten, wie Vereins- oder Meinungsfreiheit, spielen Möglichkeiten der Partizipation in Gesetzgebungsverfahren, die Informationspolitik der Regierung, die Qualität des Sozialstaates und die finanzielle Unterstützung zivilgesellschaftlicher Organisationen durch die öffentliche Hand eine wichtige Rolle.

Mit dem Aufstieg rechtspopulistischer Parteien verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in vielen europäischen Ländern. Das Modell der liberalen, repräsentativen Demokratie befindet sich in der Krise (Ágh, 2015; Levitsky & Ziblatt, 2018; Mounk, 2018). Der einflussreiche „Freedom in the World“-Index meldete 2019 bereits das zwölfte Jahr in Folge eine Verschlechterung der globalen Demokratie (Freedom House, 2019). Auch in den Demokratien Westeuropas und Nordamerikas gibt es einen „democratic rollback“ (Diamond, 2008) mit einem Rückgang des Vertrauens in politische Institutionen und der politischen Partizipation (IDEA, 2018) und einer graduellen Erosion des zivilgesellschaftlichen Raums (Anheier et al., 2019).

Es gibt daher eine umfassende Diskussion zum Thema der shrinking civic spaces, also der Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums. Strachwitz argumentiert, dass in allen europäischen Ländern eine Atmosphäre des Misstrauens und eines Antagonismus zwischen Staat und Zivilgesellschaft herrscht, mit Versuchen, die Beiträge der Zivilgesellschaft herunterzuspielen (Strachwitz, 2023). Novakova führt die verschlechterten Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Europa auf den Anstieg populistischer Regierungen, welche demokratischen Pluralismus und kritische Stimmen einschränken, zurück und konstatiert ein generell schlechter werdendes Klima „(...) Governments have become increasingly hostile toward independent voices and critics, and they have launched policies favoring particular segments of civil society and alienating others.“ (Novakova, 2020) Auch Amnesty International kritisiert in einem aktuellen Report über die Situation der Zivilgesellschaft, „(...) how, instead of respecting, protecting and facilitating people's right to peacefully assemble, authorities across Europe are deliberately stigmatizing, impeding, deterring and punishing people who protest.“ (Amnesty International, 2024, S. 20) Die Einschränkung der Zivilgesellschaft funktioniert über Medienkampagnen, rechtliche Einschränkungen, Kürzungen der Finanzierung, bürokratische Hürden und Kontrollen und die Finanzierung von regierungsfreundlichen NGOs.

Insbesondere im Kontext der Zivilgesellschaft im Umweltbereich wird die Zivilgesellschaft zudem in den klassischen Medien kaum als Treiber sozialer Veränderungen und Innovationen dargestellt, sondern Medienberichte fokussieren auf Aktionsformen und deren Berechtigung (Krlev & Lund, 2020; McAdam et al., 2006).

Die Frage, ob der zivilgesellschaftliche Raum insgesamt wächst oder schrumpft oder sich möglicherweise schließt, ist allerdings nicht so einfach zu beantworten, wie viele suggerieren (Hummel & Strachwitz, 2023). In einem Überblick über ein Projekt zum Thema identifizieren Hummel und Strachwitz folgende Entwicklungen: (1) Länder, in denen der zivilgesellschaftliche Raum entwickelt wird (Kroatien, England, Italien); (2) Länder mit starkem Zusammenspiel zwischen Staat und Zivilgesellschaft (Ukraine, France, Germany); (3) zivilgesellschaftlicher Kampf gegen Rechtspopulismus mit ungewissem Ausgang (Österreich, Griechenland, Slowakei); (4) Länder mit neuen sozialen Bewegungen (Niederlande, Spanien, Polen (Hummel & Strachwitz, 2023, S. 3). Auch in Ländern mit autoritärem Regime gibt es Tendenzen der Regierungen, Partnerschaften mit NGOs einzugehen, um die Erbringung von Dienstleistungen im Bereich des Sozialen und der Erziehung sicherzustellen, also einen Teil der Zivilgesellschaft zu fördern (Toepler et al., 2020)

Ein weiteres Phänomen, das die Einschätzung schwer macht, ist die sogenannte „Bad Civil Society“, also Formen des Engagements jenseits von Markt und Staat, die illiberale Politik vertreten, und nicht immer gewaltfrei agieren (Hummel & Strachwitz, 2023). Youngs etwa fasst diese Entwicklung zusammen: „In many countries in the developing and post-communist worlds, as well as in long-established Western democracies, conservative forms of civic activism have been multiplying and gaining traction. In some cases, new conservative civic movements and groups are closely associated with illiberal political actors and appear to be an integral part of the well-chronicled global pushback against Western liberal democratic norms.“ (Youngs, 2018, S. 7)

Die Zivilgesellschaft hat auf veränderte Handlungsspielräume teilweise tatsächlich mit einem Rückgang von Aktivitäten reagiert, teilweise auch mit Gegenstrategien: „However, after the initial shock, CSOs started adjusting and regrouping, introducing innovative approaches to their work and reconsidering their operational models. (...) The responses CSOs have come up with are centered on professional communication and outreach to explain their work to wider audiences in their countries; building stronger ties with their constituencies through volunteering, donations, and other forms of engagement; and developing horizontal solidarity networks inside the CSO community to maximize available resources through coordinated activity.“ (Novakova, 2020, S. ohne Seite)

4.2. Die Entwicklung der Situation in Österreich

Insgesamt war die Situation der Zivilgesellschaft in Österreich lange Zeit vergleichsweise gut, sie ist gekennzeichnet von einer starken Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft, an die 50 % des Einkommens von NGOs v.a. in den Bereichen soziale Dienste, Gesundheit und Erziehung stammen von der öffentlichen Hand (Bogorin et al., 2020). Vor diesem Hintergrund gab es allerdings deutliche Disruptionen und Veränderungen der Rahmenbedingungen der Zivilgesellschaft. Drei Erhebungen aus den Jahren 2014, 2019 und 2021 illustrieren das komplexe Zusammenspiel von Staat und Zivilgesellschaft (More-Hollerweger et al., 2014; Simsa et al., 2019, 2021).

Die Studie von 2014 betonte die stabile soziale Situation. Bedingungen der Zivilgesellschaft wurden nur durch Reduktionen öffentlicher Finanzierung in Relation zum Bedarf graduell verschlechtert. Nach Jahrzehnten guter Zusammenarbeit der Politik mit vielen zivilgesellschaftlichen Organisationen führte eine rechtspopulistische Regierung von 2017 bis 2019 zu massiven Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas, der politischen Partizipation und der wirtschaftlichen Situation regierungskritischer Organisationen. Die Situation der kritischen Zivilgesellschaft verschlechterte sich drastisch. Die Studie von 2019 zeigt, dass diese Regierung klare autoritäre Strategien gegenüber der Zivilgesellschaft entwickelt hat, wie Einschränkungen der politischen Partizipation, Polarisierung, Delegitimierung und finanzielle Kürzungen für regierungskritische zivilgesellschaftliche Organisationen. CIVICUS stufte den Zustand der Demokratie von offen auf eingeschränkt herab. Aufgrund politischer Skandale endete diese Koalition im Jahr 2019 (Nachtwey et al., 2020). Seit 2020 ist eine neue Regierung aus den Konservativen und der Grünen Partei an der Regierung. Außerdem hatte die Covid-19-Krise starke Auswirkungen auf die Zivilgesellschaft. Generell wurde seit 2020 die Kommunikation zwischen Regierung und Zivilgesellschaft etwas besser, es kam seltener zu Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen, es wurde weniger polarisiert und systematische Kürzungen bei regierungskritischen NGOs waren nicht beobachtbar – wengleich die Kürzungen der Vorperiode kaum zurückgenommen wurden. Die Covid-Pandemie führte allerdings zu großen, temporären Limitierungen des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraumes.

Gleichzeitig nahmen seit 2021 zivilgesellschaftliche Aktivitäten zu, welche den Anforderungen von Pluralität, Toleranz und Diskursivität nicht entsprachen. Zwischen Dezember 2020 und März 2021 fanden 673 sogenannte Anti-Corona-Demonstrationen statt, welche häufig von Rechtsradikalen und Hooligans unterwandert wurden, und nicht immer gewaltfrei waren.¹ Diese neue soziale Bewegung hatte Nähe zu nationalistischen, populistischen und rechtsextremen Gruppen und war stark polarisierend. Bei aller Diversität war Skepsis gegenüber der parlamentarischen Demokratie und ihren Institutionen ein verbindendes Element. (Nachtwey et al., 2020, S. 51f)

1. <https://kurier.at/chronik/oesterreich/corona-demos-in-wien-gestartet/401209981> (aufgerufen am 8.3.2021)

Die generelle finanzielle Situation der zivilgesellschaftlichen Organisationen war uneinheitlich, manche NGOs berichteten von besserer Finanzierung, andere kämpften mit großer Unsicherheit. Ein entscheidender Faktor war der NPO-Unterstützungsfonds, der in enger Zusammenarbeit von Regierung und NPOs entwickelt wurde (Simsa et al., 2021). Er wurde weithin positiv gesehen, wenngleich hohe bürokratische Anforderungen und Präferenzen für etablierte Organisationen kritisiert wurden. Gesetzliche Grundlagen des Engagements wurden kaum verschärft, allerdings wurde der gegebene Interpretationsspielraum, Interviewaussagen zufolge, systematisch schlechter für die Zivilgesellschaft interpretiert. Ausnahmen waren die sogenannten Anti-Covid Demonstrationen, bei denen von der Polizei unüblich weich reagiert wurde.²

In dieser Zeit folgte die Politik stark dem von Toepler et al. (2020) beschriebenen Muster, welches zwischen Dienstleistungsorganisationen, Advocacy-Organisationen und dem Regime gegenüber loyalen NGOs unterscheidet. Vor allem serviceorientierte NGOs spielten mit ihrer Expertise, ihren Netzwerken und ihrer legitimierenden Kraft eine wichtige Rolle in der Pandemiepolitik, diesbezüglich wurden z. T. Versuche ihrer Kooptierung kritisiert. Advocacy-NGOs waren nicht stark in die Politik involviert, wenngleich manche NGOs berichteten, dass von den Grünen geführte Institutionen offener ihren Forderungen gegenüber waren, insbesondere in den Bereichen Klima, Armut und Gender. Regime-loyale NGOs, die in vielen autoritären Regimes eine große Rolle innehaben (Fröhlich & Skokova, 2020)(Fröhlich and Skokova 2020), sind bislang wenig bedeutsam in Österreich. Das Muster der changing civic spaces, mit einem Shift von Einfluss und Partizipation von Advocacy-NGOs hin zu Dienstleistungs-NGOs (Anheier, Lang, and Toepler 2019) ist damit zu einem gewissen Maß für Österreich gültig.

Umweltpolitische NGOs und Aktivitäten waren von den skizzierten Entwicklungen ebenso betroffen. Eine Besonderheit war die Entwicklung der Klimabewegung. Von 2018 an sorgten große Mobilisierungen v.a. im Zuge der „Fridays for Future“ für Großdemonstrationen, Medienecho und auch politischen Einfluss auf Wahlen. Der jüngere, organisatorisch noch nicht so gefestigte Teil dieser Bewegung, erlebte während der Covid-Pandemie starke Rückgänge der Beteiligung (Bittner, 2021). Größere, etabliertere Umwelt-NGOs dagegen konnten ihr Engagement weitgehend halten (Simsa, 2022a). Nach der Pandemie nahmen die Aktivitäten der Klimabewegung wieder zu und sie radikalisierten sich teilweise, v.a. im Rahmen der sogenannten „Klimakleber:innen“, die stark polarisierten. „Fridays for Future“ gerieten in den Hintergrund, während die Bewegung der „Letzten Generation“ am deutlichsten wahrnehmbar war.

Der Klimawandel schreitet schneller voran und seine Folgen sind verheerender als zunächst gedacht. Dies sagt der Bericht des Weltklimarates (IPCC), in dem tausende Wissenschaftler:innen seit Jahren Befunde zur Entwicklung des Klimas zusammentragen.³ Tempo und Umfang der bisherigen Maßnahmen und Pläne sind demnach unzureichend, es gibt allerdings noch gute Möglichkeiten, um die Klimakatastrophe aufzuhalten. UN-Generalsekretär António Guterres formulierte es knapp: „Die Klima-Zeitbombe tickt.“ Während der Bericht des Weltklimarats IPCC also alarmierende Entwicklungen prognostiziert (IPCC, 2023), kritisieren umweltpolitische Akteur:innen, dass die Politik zu wenig auf wissenschaftliche Befunde hört. In der Klimathematik ist das Verhältnis zwischen Politik und Zivilgesellschaft generell häufig besonders konfliktuell (Booth, 2019). In Österreich war die Besetzung und deren Räumung in der Lobau ein Wendepunkt, der zu großen Spannungen zwischen Klimabewegung und Politik führte, ebenso wie auch der Umgang mit „Klimakleber:innen“.

2. <https://www.diepresse.com/5931847/corona-demo-am-sonntag-unschoner-eindruck-der-polizei> (aufgerufen am 8.2.2021)

3. <https://www.tagesschau.de/wissen/klima/ipcc-bericht-103.html> (aufgerufen am 21.3.2023)

5. WELCHEN DRUCK ERLEBEN UMWELTPOLITISCHE AKTEUR:INNEN?

Die Spannweite des erlebten Drucks ist groß und hängt stark von Tätigkeitsbereich und Aktionsformen ab. Organisationen, die kritisch, aber nicht exponiert aktivistisch arbeiten, sondern im Rahmen von wissenschaftlichen Projekten, Informationsarbeit oder der Bereitstellung von Expertise hinter den Kulissen, erfahren kaum Druck (IN7). Je nach Finanzierungsbasis können diese Organisationen an finanziellen Problemen leiden, und sie kritisieren die generell geringe Einbindung vonseiten der Politik. Einige Befragte heben zudem hervor, dass umweltpolitische Maßnahmen überwiegend nur in den von der EU vorgegebenen Bereichen gesetzt würden, wobei hier nur die Minimalanforderungen seitens der EU erfüllt und nicht, wie in anderen Ländern, weitreichendere Maßnahmen durchgeführt würden (IN6).

Aktivistischere NGOs oder Personen hingegen nehmen – wenig überraschend – mehr Druck wahr. Sie kritisieren neben der sich verschlechternden Stimmung, u. a. aufgrund feindseliger und diffamierender Aussagen seitens der Politik vorrangig die Kriminalisierung zivilgesellschaftlicher Tätigkeiten sowie Verschärfungen in Zusammenhang mit der Gemeinnützigkeit. Versuche der Restriktion nehmen also sehr unterschiedliche Formen an. Das Spektrum reicht von sehr manifesten Formen, wie Festnahmen, körperliche Gewalt, Hausdurchsuchungen oder Geldstrafen, über die Androhung von Anzeigen oder finanziellen Kürzungen bei NGO bis zur Delegitimierung durch abwertende Narrative (z. B. Klimateroristen, Hysteriker) oder allgemeinem persönlichem Druck auf einzelne Personen.

5.1. Der Diskurs: Delegitimierung und Diffamierung

Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ist eine erste und wesentliche Form ihrer Einschränkung. Hier geht es um den Diskurs, also wie über Zivilgesellschaft in der Öffentlichkeit geredet wird und wie Meinungen erzeugt werden. Abwertende Narrative bereiten häufig einschränkende politische Maßnahmen vor, wie rechtliche Verschärfungen oder finanzielle Einschränkungen. Schon zw. 2017 und 2019 berichteten Interviewpartner:innen von gezielten Abwertungen vonseiten der Regierung (Simsa, 2019). Auch in dieser Erhebung berichten Aktivist:innen wie auch Vertreter:innen von NGOs von gezielten Diffamierungen durch Politiker:innen.

5.1.1. Abwertende Sprache – Die Verrohung des Diskurses

Besonders stark werden negative Narrative in letzter Zeit gegenüber Klimaaktivist:innen eingesetzt. Es ist eine gefährliche Verrohung des Diskurses, wenn gewaltfreie Menschen als Terroristen, Extremisten und Hysteriker oder Klimachao-ten bezeichnet oder mit rechtsradikalen Identitäten gleichgesetzt werden.

Auch Amnesty International kritisiert diskreditierenden Sprachgebrauch in vielen Ländern, u. a. auch in Österreich: „A variety of discrediting and harmful terms have been used by authorities and politicians to describe climate protesters and/or specific groups and their protest activities, including Extinction Rebellion (XR), Last Generation, and many others. These terms include, climate terrorists, jeopardizing culture, traffic and human life.“ (Amnesty International, 2024, S. 41) Delegitimierung geht oft einher mit bzw. bildet die Basis für Repression.

Im Folgenden dazu einige Beispiele aus einer Fülle von Zitaten:

„Was wir sonst derzeit stark beobachten, ist eine Kriminalisierung von Protest. Der öffentliche Diskurs vor allem gegen Klima Protestierende hat sich ziemlich verschärft.“ (IE4)

„(...) es wurde dann schon sehr versucht, gegen die Klimabewegung ziemlich scharf auch medial zu schießen. Sehr stark auch vom Bezirksvorsteher der Donaustadt, der dann solche Worte benutzt hat wie „da werden Leute aufgehetzt“. Oder auch von der Stadträtin Ulli Sima. Da waren einfach einige Sachen dabei, die ich einfach auch als Entgleisungen sehe (...) das ist nicht, wie man mit Leuten umgeht, die sich für eine Sache engagieren, unabhängig davon, ob man der Meinung ist oder nicht.“ (IA3)

„Wo dann der Kanzler ausrückt (...) und definiert, was Normalität ist, und er (. . .) stellt Umweltaktivismus auf die Stufe mit rechtsradikalen Identitären. (...) Die Zivilgesellschaft ist dann genauso schlimm wie die demokratiefeindliche Bewegung. Und der Sprecher vom Kanzler, der Daniel Kosak, legt noch nach, die Klimakleber sind Extreme, sind der Feind. (...) Und das ist eine Verrohung der Sitten. Seit Anfang letzten Jahres. (...) Und gleichzeitig mit diesen Drohgebärden. Es wird deutlich. Die hassen uns.“ (IN3)

Zivilgesellschaft ist dann genauso schlimm wie die demokratiefeindliche Bewegung. Und der Sprecher vom Kanzler, der Daniel Kosak, legt noch nach, die Klimakleber sind Extreme, sind der Feind. (...) Und das ist eine Verrohung der Sitten. Seit Anfang letzten Jahres. (...) Und gleichzeitig mit diesen Drohgebärden. Es wird deutlich. Die hassen uns.“ (IN3)

Das obige Zitat bezieht sich auf Kanzler Karl Nehammer (ÖVP) der Klimaaktivisten, Identitäre und islamistische Hassprediger in einem Atemzug als „nicht normal“ bezeichnet hat.⁴ Beispiele für diffamierende Kommunikation durch Politiker:innen gibt es viele. Kanzler Sebastian Kurz (ÖVP) brachte Klimaschutz 2021 rhetorisch im Kontext des Weges „zurück in die Steinzeit“.⁵ Claudia Plakolm (ÖVP) bezeichnete Klimaaktivist:innen als Klimachaoten und Klimaterroristen. Christian Hafenecker (FPÖ) meinte in einer Presseaussendung: „Den ‚Klimaterroristen‘ muss endlich mit voller Gesetzes Härte das Handwerk gelegt werden!“, er spricht weiters von „irren Aktionen“ der „Klimaextremisten“.⁶ Auch angesichts der Auflösung der Letzten Generation Anfang August 2024 meinte Hafenecker: „Heute können hunderttausende Pendler und Autofahrer, die von diesen ‚Klimaterroristen‘ mit ihren irren Blockadeaktionen in den Stau gezwungen wurden, endlich aufatmen.“⁷ Der Salzburger FPÖ-Stadtparteiobmann Dominic Maier postete auf TikTok: „Ökoterroren, Barrikadenbauer und Autoanzünder sind nun auch in Salzburg angekommen.“⁸

Das Wort Klimaterrorismus wurde 2022 zum Unwort des Jahres gekürt. Die Jury kritisiert den Ausdruck, „weil Klimaaktivist:innen mit Terrorist:innen gleichgesetzt und dadurch kriminalisiert und diffamiert werden. Unter Terrorismus ist das systematische Ausüben und Verbreiten von Angst und Schrecken durch radikale physische Gewalt zu verstehen. Um ihre Ziele durchzusetzen, nehmen Terrorist:innen dabei Zerstörung, Tod und Mord in Kauf. Durch die Gleichsetzung des Klima-aktivistischen Protests mit Terrorismus werden gewaltlose Protestformen zivilen Ungehorsams und demokratischen Widerstands in den Kontext von Gewalt und Staatsfeindlichkeit gestellt.“⁹ Die Verwendung des stigmatisierenden Ausdrucks verschiebt zudem den Fokus der Debatte von inhaltlichen Forderungen oder der globalen Bedrohung durch die Klimakrise zu möglichen Sanktionen gegen zivilgesellschaftliche Akteur:innen.¹⁰ Jedes Mal, wenn ein Politiker öffentlich Klimaaktivisten diffamiere, „multipliziert das den Hass auf mich und erhöht die Bedrohungslage für alle Klimaaktivisten“, sagte die deutsche Aktivistin Luisa Neubauer in einem ZDF-Interview. Der Hass gegen Aktivisten sei kein „Privatproblem“, sondern „ein gesellschaftlicher Missstand“.¹¹

Die sprachliche Diffamierung bereitet eine Kriminalisierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten vor:

„Also wir merken halt vor allem in der Sprache, dass die Protestierenden ganz stark einfach in eine kriminelle Ecke gesetzt werden und mit Terrorist:innen gleichgestellt werden.“ (IE4)

4. <https://www.derstandard.at/story/3000000180998/gewessler-haelt-nehammers-klimaaktivisten-vergleich-fuer-ein-no-go> (aufgerufen am 31.7.2023)
5. <https://www.derstandard.at/story/2000128392008/zurueck-in-die-steinzeit-oder-mutig-voran-klimaschutz-entzweit-koalition> (aufgerufen am 25.7.2021)
6. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240510_OTS0045/fpoe-hafenecker-den-klimaterroristen-muss-endlich-mit-voller-gesetzeshaerte-das-handwerk-gelegt-werden (aufgerufen am 15.5.2024)
7. <https://www.derstandard.at/story/3000000231313/letzte-generation-oesterreich-loest-sich-auf> (aufgerufen am 6.8.2024)
8. <https://www.heute.at/s/klimakleber-beschimpft-fpoe-politiker-wird-ausgeliefert-120006604> (aufgerufen am 29.11.2023)
9. <https://www.uni-marburg.de/de/aktuelles/news/2023/klimaterroristen-ist-das-unwort-des-jahres> (aufgerufen am 11.7.2024)
10. <https://www.nachrichten.at/meinung/leserbriefe/klimaterroristen:art11086,3771913> (aufgerufen am 10.1.2023)
11. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/luisa-neubauer-klima-aktivisten-hass-kritik-100.html> (aufgerufen am 22.2.2024)

Es ist bemerkenswert, dass der diffamierende Sprachgebrauch nicht gegen andere Formen von Blockaden gerichtet wird:

„In Zusammenhang mit Klebeaktionen (...), da gibt es diese Radikalisierung des Diskurses, also einerseits im Sinne von Kriminalisierung dieser Protestformen. (...) Ich fand es dann sehr interessant, wie widersprüchlich das gehandhabt wird. Wie dann ebendiese Bauernproteste stattfanden, Anfang des Jahres, wo einfach die Bauern mit ihren Traktoren tagelang auch Blockaden gemacht haben, (...) da gab es diesen Diskurs überhaupt nicht.“ (IE5)

Die Abwertungen betreffen Frauen besonders stark. Politisch engagierte Frauen werden generell häufig Ziel von misogynen Diffamierungs- und Hasskampagnen¹². Auch auf Social Media werden Frauen stärker angegriffen als Männer. 80 Prozent der Betroffenen von Hass im Netz sind Frauen.¹³

Im Gegensatz zu vielen anderen Tätigkeitsfeldern der Arbeit von NGOs wird in der Umwelt- und Klimaschutzszene die Arbeit nach außen stark von Frauen getragen. Und diese sind in besonderem Maß Anfeindungen und Diffamierungen ausgesetzt. Dies inkludiert Übergriffe wie sexuelle, Vergewaltigungs- oder sonstige Gewaltfantasien, persönliche Beleidigungen und Drohungen. Greta Thunberg wurde z. B. als „bedauernswertes Geschöpf“, „kleinwüchsiges Zopfkind“, „dreckiges Gör“ oder „Psycho“ bezeichnet.¹⁴ Solche Diffamierungen haben die Funktion der Einschüchterung und Erhaltung des Status quo, sie „(...) können als ein Mittel von Disziplinarmacht und als Versuch, die bestehende hegemoniale Ordnung zu erhalten, gedeutet werden.“ (Kreuznacht, 2020, S. 145) Luisa Neubauer, eine deutsche Umweltaktivistin sagt dazu in einem Interview des ZDF: „Diese permanente Bedrohungslage, die Morddrohungen, das Stalking, die Vergewaltigungsfantasien in Postfächern, das möchte ich nicht als Normalität in meinem Leben akzeptieren.“¹⁵

Eine Befragte allerdings sieht in der letzten Zeit eine Verbesserung, der Diskurs wird ihr zufolge freundlicher:

„Was mir auch aufgefallen ist, ist, dass die Medien eigentlich mittlerweile oft sehr anders über uns schreiben. Also, es ist nicht mehr so abwertend. Es wird viel seltener das Wort Klimakleber benutzt, sondern Klimaaktivisten. Sogar die Boulevardmedien teilweise kopieren sie sogar unsere Presseaussendung direkt rein.“ (IA14)

5.1.2 Delegitimierung verhindert Solidarisierung und Verständnis

Wenn hohe Politiker:innen die Klimakrise abschwächen bzw. leugnen und vonseiten der Regierung wenig Aufklärung betrieben wird, dann wirkt dies auch indirekt auf die Stimmung und den Zuspruch, den zivilgesellschaftliche Aktivitäten erfahren. Aktivismus erscheint dann als übertrieben bzw. wird als solches hingestellt.

„Also weder die Regierung noch Politiker:innen klären die Menschen ehrlich auf, wie schlimm die Situation ist und dass wir was tun müssen. Also ich verstehe dann die Menschen schon, die glauben wir sind einfach hysterische Spinner.“ (IA6)

„(...), dass auch die Stimmungsmache vonseiten der Politik gegen Aktivismus massiv ist und immer mehr versucht wird, Aktivismus in die Richtung von Terrorismus zu bringen. (...) Also, wenn man breite gesellschaftliche Unterstützung haben will und dann plötzlich mit so einem Terrorismus-Narrativ konfrontiert ist, dann ist das natürlich ein Riesenthema.“ (IN5)

12. <https://www.jugendschutz.net/themen/politischer-extremismus/artikel/report-hass-gegen-junge-klimaaktivistinnen> (aufgerufen am 7.8.2024)

13. <https://www.oegb.at/themen/gleichstellung/antidiskriminierung/hass-im-netz--wenn-frauen-online-bedroht-werden> (aufgerufen am 7.8.2024)

14. <https://www.news.at/news/greta-thunberg-hass> (aufgerufen am 19.8.2024)

15. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/luisa-neubauer-klima-aktivisten-hass-kritik-100.html> (aufgerufen am 7.8.2024)

„(...) dass die Sprache schon so kriminalisierend ist und dass sie halt bei jeder Gelegenheit beschimpft werden. Also mich erschüttert das immer wieder, dass es sie als Terrorist:innen beschimpft werden. Dann hat das halt in der Bevölkerung natürlich die entsprechende Wirkung. Und dann gibt es da wahrscheinlich auch viele Menschen, die sich vielleicht eigentlich mit ihnen solidarisieren würden, die es dann halt nicht mehr tun, weil eben die Politik sie so abwertet. Eigentlich haben die Regierung und der Staat die Aufgabe, Versammlungen nicht nur gewähren zu lassen, sondern auch zu schützen und auch wirklich proaktiv zu fördern. (...) Und hier sehen wir halt das Problem, dass das eigentlich überhaupt nicht passiert, sondern vielmehr, dass sie in ein falsches Licht gerückt werden, dass sie kriminalisiert werden.“ (IE4)

Klimaaktivismus ist zudem in Verfassungsschutzberichten sehr präsent. Gekoppelt mit der starken medialen Kommunikation gehen zunehmend Sympathien verloren.

„Ich glaube, verschiedene aktivistische Gruppen haben in verschiedenen Bewegungen immer wieder auch Repressionen und von der Polizei und Staatsgewalt irgendwie erfahren. Aber ich glaube, für den Klimaaktivismus ist das tatsächlich stärker geworden, ja und expliziter geworden und ist auch in den Verfassungsschutzberichten überproportional präsent.“ (IN3)

5.1.3. Das Klimathema als strategisch geschaffenes Feld von Kulturkämpfen

Während das Umweltschutz- und Klimathema in den vergangenen 45 Jahren trotz regelmäßiger Kritik an Aktivist:innen großen Zuspruch fand, insgesamt im Mainstream verankert war und starken Rückenwind hatte, ist es in den letzten Jahren zum Austragungsort eines neuen Kulturkampfes geworden.

„Meine Wahrnehmung ist, dass es bestimmten Gruppen gelungen ist oder Interessenträgern gelungen ist, in den letzten paar Jahren die Wertung dieses Themas in der Öffentlichkeit ein bisschen zu drehen. Und zwar negativ zu drehen.“ (IN9)

Auch unter Schwarz-Blau war das Narrativ des gefährlichen oder besonders negativen Klimaaktivismus noch nicht so stark:

„Damals war es noch nicht so in der Debatte, der Klimaaktivismus als der große Feind, als die Terroristen.“ (IN2)

Abstiegsängste in peripheren Regionen oder Gruppen werden von populistischen Parteien für weitere Polarisierungen genutzt und als Aufhänger bieten sich derzeit v.a. das Gender und das Klimathema an.

„Das Thema Gender und das Thema Klimaschutz sind, als die großen Kulturkampfthemen auserkoren wurden, einerseits von rechtspopulistischen Akteurinnen und Akteuren, die das sehr sehr gezielt, systematisch und mit viel Geld und Think-Tank Arbeit in den USA betreiben, andererseits aber auch von konservativen Parteien, angetrieben durch Wirtschaftsakteurinnen und Wirtschaftsakteure, die dadurch diese Transformation zu zumindest zu verzögern versuchen. (...) Und das passiert über sehr starke Abwertungsdiskurse, die sehr systematisch betrieben werden, also das ist die eine Seite, das heißt, du hast auf einmal statt Rückenwind eine uphill-battle für die Causa und du hast gezielte Angriffe gegen die Akteurinnen.“ (IN9)

Das Thema eignet sich besonders als Feld für identitätspolitische Aufladungen, da im Gegensatz zu anderen zivilgesellschaftlichen Advocacytätigkeiten hier besonders stark nicht Dritte, sondern alle Bürger:innen in ihrem täglichen Handeln adressiert werden. Wenn Aufstiegsversprechen nicht mehr motivieren können, dann wird ein fast trotziges „Don't intervene in my lifestyle“ zum Motiv der Ablehnung von Veränderungszumutungen.

„Bei der letzten Generation geht es quasi um die eigene Lebensweise und da wird es sehr persönlich und da geht es nicht mehr darum, dass ich mich mit einer Spende freikaufen kann. (...) Das führt dazu, dass es leichter politisch auch instrumentalisierbar und kriminalisierbar ist (...) das ist tatsächlich der Versuch, mit rechtlichen Mitteln gegen diese Personen vorzugehen und auch von politischer Seite vorzugehen. (...) das wäre in dem Stil vor 10 Jahren nicht denkbar gewesen.“ (IN9)

5.2. Repression

Repression nimmt unterschiedliche Formen an, sie kann massiver oder subtiler ausgeprägt sein. Insgesamt geht es dabei darum, kritischen Aktivismus zu unterdrücken. In den Interviews wird übereinstimmend konstatiert, dass Protest und andere zivilgesellschaftliche Aktivitäten in Österreich möglich sind, abgesehen von Formen des zivilen Ungehorsams. In Zusammenhang mit klimapolitischen Protesten wird allerdings generell ein hohes – und zunehmendes – Maß an Repression beobachtet.

„Und ich habe die Wüstenräumung, die Grätzlräumung, mehr oder weniger miterlebt. Wie die Stadt Wien mit Klimaschützer:innen umgegangen ist. Also weggeräumt, weggesperrt, Klagsdrohungen.“ (IA6)

„Die aktivistische Tätigkeit wird in der Regel aber nicht per se eingeschränkt, außer es sind Aktionen des zivilen Ungehorsams, wie etwa die Klebe-Aktionen. Dort sehen wir dann auch, dass die politischen Forderungen sehr eskalativ sind und gleich das Kriminalstrafrecht bemüht werden soll. Bis jetzt ist das allerdings zum Glück nicht die Regel. Auch dort: wo Blau mitregiert, ist es öfter der Fall, auch wenn die Forderungen dann oft von der ÖVP direkt kommen.“ (IN6)

Im Folgenden werden Formen der Repression, die Aktivist:innen und Vertreter:innen von NPOs wahrnehmen, im Einzelnen angeführt.

5.2.1. Klagsdrohungen bzw. Klagen

Viele Aktivist:innen berichten von Klagen in Zusammenhang mit Protesten bzw. zivilem Widerstand. Viele der Klagen erfolgten den Aktivist:innen zufolge willkürlich, gingen an falsche Adressen oder wurden an Personen gerichtet, die bei den betreffenden Aktionen nicht anwesend waren. Auf internationaler Ebene sind solche Klagen häufiger, sie werden als SLAPP Klagen bezeichnet: „Strategic Lawsuits against Public Participation“. SLAPP-Klagen bedeuten strategische Klagen gegen öffentliche Beteiligung, sie müssen nicht unbedingt exekutiert werden, ihr Hauptziel ist Abschreckung potenzieller Kritiker:innen. In Österreich wurde dieses Instrument bislang nur punktuell eingesetzt, nämlich in Zusammenhang mit Protesten gegen Gasbohrungen in Molln, gegen die Verbauung der Lobau und bei Protesten gegen den Verkauf von Fleisch aus Vollspaltenbodenproduktion der Firma Spar. Auch wenn diese Klagen nicht immer weiterverfolgt werden, sind sie für die Personen beunruhigend.

„Und es tut total weh, weil ich mein, es ist total bescheuert, dass wir da kriminalisiert werden. Genau. Wir haben jetzt noch Massen an Verwaltungsgerichtsprozessen. Also wegen Verwaltungsrecht. Wir haben noch ausstehend verschiedene Strafrechtsverfahren wegen Sachbeschädigungen, weil sie uns das vorwerfen, Gemeingefährdung und natürlich noch diese Ermittlungen, die auch noch im Raum stehen und laufen wegen dem Vorwurf der Bildung einer kriminellen Vereinigung.“ (IN10)

„Da gab es Minderjährige, die Angst hatten, dass sie jetzt ins Gefängnis müssen, weil sie es nicht bezahlen können, also so, ob es jetzt realistisch ist, ist eine andere Sache, aber die Personen hatten einfach Angst.“ (IA4)

„Mein Mitbewohner zum Beispiel hat auch eine [Klagsdrohung] bekommen, der nicht mal im Camp war. Es war komplett random, wem sie eine geschickt haben, und das hinterlässt halt schon Bauchschmerzen (...) das ist ein reines, wir wollen euch wegbekommen mit Slappklagen.“ (IA4)

„Die Beträge, um die es bei SLAPPs geht, sind in der Regel Kosten, die sich aus zivil- und medienrechtlichen Klagen ergeben und keine ‚Strafen‘. Hier werden also auf dem kostspieligen Privatrechtsweg Menschen geklagt, die dann Prozesskosten, Anwaltskosten, ev. Medienkosten zu befürchten haben, die dann von weiterem Aktivismus abschrecken.“ (IN6)

„Ja, also die Stadt Wien sollte mal aufhören, Leute zu klagen. Das wäre richtig cool, wenn sie aufhören würden, zivilgesellschaftliches Engagement mit den Ressourcen, die die Stadt Wien hat, nämlich unendlich viel Geld, um Anwälte zu bezahlen, zu bekämpfen.“ (IA6)

Auch wenn die Stadt Wien in Zusammenhang mit SLAPP-Klagen aufgrund der Vorgangsweise bei der Lobau-Besetzung häufig genannt wurde, werden besonders restriktive Verhältnisse in jenen Bundesländern gesehen, in denen die FPÖ in der Landesregierung ist.

„Lokal ist es so, dass überall dort, wo die FPÖ auch in der Landesregierung ist, die NGOs oft als Feindbild gezeichnet werden, was sowohl in der Öffentlichkeit schadet als auch jede Kooperation verunmöglicht.“ (IN6)

Auch Amnesty International kritisiert, dass in Österreich Klimaaktivist:innen unter anderem wegen des Straftatbestands „schwere gemeinschaftliche Gewalt“ angezeigt wurden, auch wenn die Verfahren letztlich eingestellt wurden, schränkte dies den Aktivismus unangemessen ein (Amnesty International, 2024).

Insbesondere verwaltungsrechtliche Strafen sind zwar häufig weniger spektakulär als Strafanzeigen, sie können sich aber summieren.

„Aber was halt schon sehr viel ist, ist einfach für Leute, die viel protestiert haben, viel auf die Straße gegangen sind. Die Verwaltungsrechtlichen Strafen sind hoch also.“ (IN10)

Häufig treten Aktivist:innen Ersatzfreiheitsstrafen an, wenn sie die Strafe nicht bezahlen können.

„Da gehen gerade viele Leute in Haft dafür, weil sie es nicht zahlen können. Aber das sind Sachen, die hätten eigentlich mit Geld abbezahlt werden können und wir können es nicht zahlen, du hast zwar eine Verwaltungsbetretung nur begangen, aber kannst nicht zahlen.“ (IN10)

Eine Expertin stellt den Zusammenhang her zur Dringlichkeit des Problems:

„(...) bei der Lobau Besetzung auch immer wieder diese Versuche der Kriminalisierung, wo dann so plötzlich die Aktivist:innen Briefe von Anwälten erhalten haben, also wo man über diesen Rechtsweg versucht, das zu kriminalisieren oder zu verunmöglichen. Also das waren so die Wahrnehmungen in den letzten Jahren. Was die Umwelt und Klimabewegung betrifft, also überall dort, wo es wirklich ans Eingemachte geht.“ (IE5)

Ein weiteres Problem in Zusammenhang mit Klagen sind Dauer und Kosten von Gerichtsverfahren, die in Österreich besonders hoch sind (Amnesty International, 2024).

5.2.2 Polizeieinsätze und -gewalt

Amnesty International kritisiert, dass es auch in Österreich regelmäßig zu rechtswidrigen Auflösungen friedlicher Proteste kommt, unter Anwendung übermäßiger und unnötiger Gewalt. Bei der europäischen Gaskonferenz 2023 in Wien etwa wurden in Zusammenhang mit einer Demonstration von der Polizei Schlagstöcke und Pfefferspray gegenüber 150 Protestierende eingesetzt. Die Aktivist:innen wurden zudem eingekesselt und einzeln durchsucht. „Zwei Kundgebungen gegen die im Marriott-Hotel gegenüber dem Stadtpark stattfindende europäische Gaskonferenz der Gas- und Ölindustrie sorgten für einen massiven Einsatz der Exekutive. Zunächst versprühte die Polizei kanisterweise Pfefferspray, auch die Diensthundestaffel und die Spezialeinheit Wega waren vor Ort. Schlussendlich wurden beide Gruppen, eine in der Johannesgasse, die Zweite auf dem Ring, stundenlang eingekesselt und kontrolliert.“ (Der Standard; 27.3.2023) Eine Aktivistin klagte gegen den Einsatz von Pfefferspray, einer Entscheidung des Verwaltungsgerichts Wien zufolge war dieser tatsächlich rechtswidrig.

Die Schärfe dieser Einsätze wird als neu erlebt:

„Die Proteste rund um die Gaskonferenz letztes Jahr, wo wir eine Demo auch organisiert haben mit anderen aktivistischen Gruppen. Wo ja über 140 Personen festgenommen wurden, uns gemeinschaftliche Gewalt vorgeworfen wurde. Also tatsächlich der rechtliche Vorwurf, der den Aktivist:innen gemacht wurde, der vorher eigentlich Klimaaktivisten noch nicht gemacht wurde. Das heißt, da auch noch mal etwas Neues, also eine höhere Strafandrohung und damit auch Einschüchterung, die damit einherging, woraufhin es auch ja zum Glück einen relativ großen Aufschrei gab.“ (IN2)

Eine Expertin fasst die Tendenz zu ungerechtfertigter Gewaltanwendung zusammen:

„(...) wie die Polizei vor Ort vorgeht. Dort ist es zum Beispiel so, dass es oft zu ungerechtfertigter Gewaltanwendung kommt. Also wir hören und beobachten immer wieder, dass etwa Pfefferspray unrechtmäßig eingesetzt wird oder auch die Körperkraft der Polizisten. Und wir beobachten auch, dass es oft zu Einkesselungen kommt, also dass Versammlungsteilnehmer:innen von der Polizei quasi umringt werden und diesen Raum nicht verlassen können, solange wir nicht identifizieren. Das passiert leider oft auch länger als unbedingt notwendig. Und das Gesamtproblem ist dann vor allem, dass es hier auch zu Polizeigewalt kommt. Also wir bekommen da viele Berichte und dass diese Polizeigewalt bisher nicht wirksam untersucht wurde.“ (IE4)

Ein Experte sieht auch Gründe für Polizeimaßnahmen auf der Seite der Protestierenden:

„Sich in Vollvermummung zu begeben, wenn es ein Vermummungsverbot gibt, ist halt auch nicht die Spitze der Intellektualität. (...) Die Polizei besteht aus vielen unterschiedlichen Personen, bei Überforderung reagiert jeder anders.“ (IE3)

Das Polizeiaufgebot hat sich Eindrücken von Aktivist:innen zufolge in den letzten Monaten vergrößert. Neben vielen Polizist:innen, auch bei kleineren Einsätzen, sind auch fallweise Hunde und Wasserwerfer vor Ort. Dies wird von Aktivist:innen als große Belastung beschrieben, als „ungutes Gefühl“, verbunden mit der Unsicherheit, wie man sich am besten verhalten solle.

„Und was wir auch gemerkt haben, ist schon, dass die Polizei bei den Demos zugenommen hat. (...) Ja, nicht nur bei den großen, auch bei den kleinen, wo einfach immer mehr Absperrungen dazugekommen sind. Und man sich dann manchmal schon gedacht hat, was sollen wir da jetzt tun oder was erwarten die von uns? Also wahrscheinlich war der Gipfel dann diese Gaskonferenz letztes Jahr, wo sie dann mit ihren Wasserwerfern aufgefahren sind. (...) Genau, die Hunde waren auch. Und wahnsinnig viel Polizei. (...) das ist echt eine sehr eigenartige Situation (...), es ist kein gutes Gefühl“ (IA3)

„Die Bilder gibt es ja noch immer. So massiv mit einem großen Aufgebot gekommen. Also das. Ist für mich einfach diese Frage auch noch der Verhältnismäßigkeit.“ (IN4)

„Also da sieht man schon eigentlich eine sehr, sehr schnelle Eskalation auch vonseiten der Polizei.“ (IN2)

Das häufig hohe Polizeiaufgebot bei Protestaktionen hat nicht nur direkte Auswirkungen auf die Aktion bzw. die Aktivist:innen selbst, sondern kann indirekt auf die Stimmung in der Bevölkerung wirken:

„Und wahnsinnig viel Polizei. (...) nach außen wirkt dann so, als würde da jetzt was sehr Gefährliches stattfinden. Was ja nicht Tatsache ist.“ (IA3)

Einige Aktivist:innen berichten von starker Repression bzw. Gewalt im Polizeianhaltezentrum:

„Im letzten November, da hatten wir einen Tag im Polizeianhaltezentrum, wo die Polizisten uns ganz offen gedroht haben. Die haben uns gesagt, ja, wenn ihr das nicht macht, dann kriegt ihr halt kein Essen. (...) Und ja, ich wurde da mehrfach gewaltvoll angesprochen, also unter Druck gesetzt, erpresst und fertig gemacht. So vor allen Leuten. Am Ende des Tages sind dann sogar drei Schläger in die Zelle gekommen und haben zu Schmerzgriffen bei mir angesetzt. Ich habe geschrien, weil ich so Angst hatte, dass die mir jetzt wehtun. Sie haben dann nur aufgehört, weil in der anderen Zelle gegenüber noch eine andere Person war von uns und die das gehört hat. (...) Und dann war ich fix und fertig. Ich hab den ganzen Tag im Polizeigewahrsam geheult, weil es mir so schlecht ging.“ (IA6)

„Die haben uns behandelt, als wären wir ein Stück Dreck. Die haben uns mit Absicht nichts zu essen gegeben, um uns zu bestrafen. (...) Die haben uns nicht telefonieren lassen. Wir konnten uns nicht mal wehren, weil sie uns das Telefonat verweigert haben.“ (IA6)

Auch bei längeren Gefängnisaufenthalten kommt es zu Verletzungen von Menschenrechten. Diese – so die Interviewpartnerin – seien aber nicht spezifisch auf Klimaaktivist:innen gerichtet, sondern beträfen alle Häftlinge.

„Also wir waren auch zu Zwanzigst dann mal in einer Zelle und das ist einfach viel zu eng, viel zu viel. Das ist jetzt in der Maßnahmenbeschwerde auch rausgekommen, dass das nicht OK war, dass die Menschenwürde auch bei Klimaaktivist:innen auch für 3 Stunden nur gewahrt werden muss.“ (IN10)

„Freundinnen von mir waren jetzt grad 6 Wochen im Polizeianhaltezentrum. Und was ich mitgekriegt hab? Das geht gar nicht, das ist richtig, richtig, richtig gegen Menschenwürde. Rechtswidrig. Und da werden jetzt auch Beschwerden kommen, also da werden wir. Maßnahmenbeschwerden machen (...) von unzureichender Behandlung bei der Krätze, die kursiert ist oder ärztliche Hilfe verweigert, keinen Hofgang.“ (IN10)

„Ich hab meistens mehr Angst vor den Autofahrer:innen auf der Straße. Aber ich habe schon auch gemerkt, dass die Polizei teilweise heftig wird. Also oft auf der Straße nicht so, weil sie dann halt immer gefilmt werden und viele Leute anwesend sind. Aber es ist ja in Wien auch so, also Wien ist das einzige Bundesland, wo man festgenommen wird nach einem Protest. Man kommt immer ins Gefängnis, für mindestens 7 Stunden und höchstens 24. Und ja, was dort passiert, das ist halt, also es hat zum Beispiel schon ein Gericht beschlossen, dass sie uns gar nicht mehr im Intimbereich abtasten dürfen, weil das rechtswidrig ist. Aber sie machen es halt trotzdem manchmal gerne einfach so und man kann halt nicht viel machen.“ (IA14)

Maßnahmenbeschwerden, die Aktivist:innen aufgrund von Polizeigewalt bzw. sonstigen unverhältnismäßigen bzw. nicht rechtskonformen Handlungen seitens der Polizei einlegen, wird teilweise recht gegeben.

„Ja, wir machen Maßnahmenbeschwerden. Also einerseits teilweise, wenn wir zu viele Leute in der Zelle sind. Manchmal sind wir jetzt halt zu 22st oder 8 Stunden in einer 6-Menschen-Zelle drinnen. Und eben, wenn sie uns im Intimbereich anfassen, da machen wir immer Maßnahmenbeschwerde. Es ist halt die Frage, ob es durchgeht. Meistens sitzt die Polizei schon am längeren Ast. (...) Manchmal kriegt man Entschädigung.“ (IA14)

Eine Verbesserung der Situation ist die mit Jänner 2024 erfolgte Einrichtung einer Ermittlungs- und Beschwerdestelle, angesiedelt beim Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung. Diese soll Vorwürfe der Polizeigewalt aufklären. Es ist noch offen, was diese Stelle bewirken wird. Erschwert werden Beschwerden allerdings dadurch, dass Polizist:innen keine Kennzeichnung tragen.

„(...) wo noch Handlungsbedarf ist, ist, dass Polizist:innen keine Kennzeichnung tragen. Also (...) keinen Namen oder keine Nummer. Sodass es für die Beteiligten oder auch die Opfer von Missbrauch ist es unmöglich zu sagen, wer diese Polizistin tatsächlich ist. Also, das ist ein großes Problem, dass wir sehen, dass es eben zu ungerechtfertigter Gewaltanwendung kommt und dass diese Taten nicht individuell Polizist:innen zugeordnet werden können, und dann nicht wirklich untersucht werden können.“ (IE4)

„Ich will nicht sagen, es ist das Salzamt, aber es ist etwas sehr Internes, ich bin dafür, dass man da etwas Transparentes, Öffentliches macht.“ (IE3)

Die mangelnde Rechenschaftspflicht bzw. die Straflosigkeit der Polizei in Österreich wird auch im aktuellen Bericht von Amnesty International kritisiert (Amnesty International, 2024, S. 20).

Ein weiteres Thema in Zusammenhang mit der Vorgangsweise der Polizei sind bürokratische Hürden, z. B., wenn Veranstaltungsorte oder Zeiten erst sehr spät genehmigt werden:

„(...) wir können unsere Proteste machen [, aber es ist] nicht unbedingt einfacher geworden, mit der Polizei zusammenzuarbeiten. Also zum Beispiel (...) bei den weltweiten Klimastreiks. Wir haben das 3 Monate, oder waren es 2 Monate, vorher gemeldet und ab irgendeinem Zeitpunkt musst du, um viele Leute hin mobilisieren zu können, einen fixen Startpunkt einfach wissen und dann war aber die Polizei oft so, dass sie dann sich ewig nicht gemeldet haben, und eine Woche vorher heißt es nein leider, der Startpunkt geht nicht oder die Route müssen wir noch ändern. (...) man kann natürlich immer spekulieren, inwiefern es sind Sachen politische Einflussnahme dann oder ist das einfach Trägheit in der Verwaltung? Aber es ist schon ein bisschen das Gefühl, dass die Umstände, seit es halt auch zivilen Ungehorsam gab, eher schwieriger geworden sind.“ (IA3)

In all diesen Fällen wird die starke Machtasymmetrie zwischen Behörden und Aktivist:innen erlebt sowie fehlende Ressourcen, um gegen Rechtswidrigkeiten vorgehen zu können.

„In ganz vielen Situationen, also wenn wir zum Beispiel Misshandlungen auf der Straße erleben, wenn wir unbegrenzte Ressourcen haben oder nahezu unbegrenzte Ressourcen, dann können wir Anwält:innen zahlen und Prozesse führen.“ (IA6)

Auch der zunehmende Einsatz neuer Technologien und Überwachungsinstrumente, wie Gesichtserkennungstechnologien, das Tracking und die Überwachung von Aktivitäten sowie die Erfassung, Analyse und Speicherung von Daten, nehmen zu und werden u. a. in einem Bericht von Amnesty International kritisiert.

„Dass sie gegen uns ermitteln, das ist schon für viele abschreckend, glaube ich. Natürlich auch, weil sie uns abhören können, sie können uns orten, oft weiß die Polizei schon, wo wir unseren Protest machen und sind schon vor Ort, bevor wir da sind. Das ist ein großes Problem grad. (...) Übers Handy. Also natürlich können wir es nicht beweisen. Aber sie dürfen es rein gesetzlich gerade. Also rein rechtlich dürften sie es, bei vielen von uns. Ja, das ist auf jeden Fall ein Riesenproblem.“ (IA14)

Ein Eindruck, der auch schon in einer Erhebung 2021 mehrfach geäußert wurde, ist, dass die Polizei fallweise Demonstrationen, die dem linken politischen Spektrum zugeschrieben werden, strenger behandelt:

„(...) was man schon immer wieder beobachten konnte, (...) wenn immer es Proteste gab, die eher aus diesem rechten Spektrum kamen, das wurde zugelassen und begleitet und die allfälligen Gegenproteste von einer linken Seite, da war schon auch die Wahrnehmung, dass die Polizei da auch einfach viel härter reagiert hat.“ (IE5)

5.2.3. Andere rechtliche Verschärfungen bzw. rechtlicher Druck

Interpretation bestehender Gesetze zulasten von Aktivist:innen

Die Interpretation bestehender Gesetze geht zunehmend zulasten von Aktivist:innen. Generell wird die Kriminalisierung zivilgesellschaftlicher Tätigkeiten derzeit vorwiegend als Problem auf der Ebene des Diskurses beschrieben, es spiegelt sich also in diffamierenden Narrativen wider und weniger in Gesetzesänderungen. Befragte berichten allerdings, dass bestehende Gesetze zunehmend restriktiver bzw. zuungunsten der Aktivist:innen ausgelegt werden. Kundgebungen werden etwa an Orten, wo dies früher möglich war, nicht mehr genehmigt, die Genehmigung erfolgt sehr spät oder die Zuschreibung gemeinschaftlicher Gewalt wird schneller geäußert. Auch Amnesty International kritisiert die Interpretationsspielräume bei bestehenden Gesetzen in Österreich: „However, in practice, the discretion available to the authorities can still lead to undue regulation of spontaneous events (Amnesty International, 2024, S. 24).

„Restriktive Gesetze oder restriktive Interpretationen sind in letzten Jahren ausgeweitet worden.“ (IE3)

Teilweise ist diese Nutzung von Interpretationsspielräumen bereits am Rande der Legalität. Bei der Räumung des Protestcamps gegen die Verbauung der Wiener Lobau im Jahr 2022 wurden Journalist:innen wie auch Bürger:innen unrechtmäßig ausgesperrt.

„(...) dass sie halt 500 Meter auf der Straße in beide Richtungen quasi abgesperrt haben, und zwar auch für Fußgänger:innen. Und wir waren dann quasi in diesem Korridor, wo eigentlich nur noch Polizeikräfte waren und halt wir als kleines Grüppchen von zehn Leuten (...), das ist ein Einschnitt in die Versammlungsfreiheit. Also wir haben uns dann auch mit Anwäl:innen darüber beraten, das ist einfach eine ganz unsaubere Art. (...) dass da auch eine Öffentlichkeit irgendwie ausgesperrt worden ist. Also es sind, es konnten nicht einmal Journalist:innen zu uns.“ (IN2)

Ein weiteres Beispiel dafür ist, dass der Verdacht der terroristischen oder kriminellen Vereinigung sehr rasch geäußert wird. Die Staatsanwaltschaft Wien ermittelte bereits Ende 2023 gegen 29 Aktivist:innen der „Letzten Generation“ wegen des Verdachts auf Bildung einer kriminellen Vereinigung.¹⁶ Die Umweltschutzorganisation Global 2000 und das ÖKOBÜRO, der Dachverband der österreichischen Umweltschutzorganisationen haben „die Kriminalisierung von friedlichem Protest“ schon Anfang Dezember 2023 scharf kritisiert und das Vorgehen der Staatsanwaltschaft als „überschießend und unverhältnismäßig“ bezeichnet.¹⁷

Klima-Aktivist:innen stehen in Österreich unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Wie aus dem Jahresbericht der Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) hervorging, werden Gruppierungen wie die „Letzte Generation“ und ihre häufigen Klebeaktionen als „militant“ bewertet, nicht aber als extremistisch.¹⁸

„Also wir haben den Eindruck, dass es da oft zu unverhältnismäßigen Sanktionen gibt, also dass sie zum Teil auch stärker bestraft werden als das andere Protestierende. (...) Mittlerweile gibt es ja auch strafrechtliche Ermittlungen gegen vor allem gegen die letzte Generation, das sehen wir auch sehr kritisch, da werden Paragraphen des Strafgesetzbuches angewandt, die eigentlich gegen Kriminelle, wirklich kriminelle Vereinigungen eingesetzt werden sollten, gegen maföse Gebilde, deren Ziel das ist, tatsächlich Straftaten zu begehen Und er wird eigentlich hätten wir eingesetzt, um Protestierende ins falsche Licht zu rücken, zu kriminalisieren und gegen die Zivilgesellschaft vorzugehen.“ (IE4)

16. <https://kurier.at/politik/inland/gewessler-zu-klimaaktivismus-diskussion-hat-mass-und-ziel-verloren/402722407> (aufgerufen am 28.12.2023)

17. https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20231204_OTS0015/umweltschutzorganisationen-verurteilen-strafrechtliche-ermittlungen-gegen-klimaaktivistinnen (aufgerufen am 17.8.2024)

18. <https://www.welt.de/politik/ausland/article245313996/Letzte-Generation-Oesterreichs-Verfassungsschutz-beobachtet-militante-Klima-Aktivisten.html> (aufgerufen am 15.5.2023)

Gemeinnützigkeitsreformgesetz

Das mit 1.1.2024 in Kraft getretene Gemeinnützigkeitsreformgesetz wird stark als rechtliche Verschärfung der Situation umweltpolitischer NGOs kritisiert. Es bedeutet, dass NGOs bei strafbaren Handlungen, die auch Verwaltungsstrafen inkludieren, die Absetzbarkeit von Spenden entzogen werden kann. Auch der Rechtsweg, der in diesem Fall bestritten werden kann, wird kritisiert. Das neue Gesetz wird als massive Einschränkung wahrgenommen:

„Da wird einem komplett jedes Recht weggenommen, kritisch zu sein.“ (I1N)

„Und das ist also für Organisationen, die sich über Spenden finanzieren, das sind in Österreich sehr viele, vor allem in dem aktivistischen Bereich auch, ist das natürlich eine gravierende Bedrohung.“ (I5N)

„Das ist tatsächlich eine existenzielle Bedrohung für alle die Organisationen, die davon betroffen sind.“ (I5N)

„Aber da gibt es ja auch die Klausel, (...) dass das auch vom Finanzamt entzogen werden könnte, wenn die Organisationen irgendwie Straftaten begehen (...) und das ist jetzt die große Frage, wie das dann auch in der Zukunft angewandt wird, das ist schon eine Befürchtung von gewissen Organisationen da. Dass ein Amt, also Beispiel das Finanzamt, tatsächlich einfach aufgrund von Straftaten (die Gemeinnützigkeit entziehen kann) (...) wenn das in Richtung ziviler Widerstand geht, ist das ja relativ schnell mal möglich.“ (IN2)

„NGOs werden an die Kandare genommen, an die Kandare des Finanzamts, mit der neuen Regelung der Absetzbarkeit (...). Hier sind Möglichkeiten eingebaut, um festzustellen, ob diese NGOs brav sind oder nicht. (...) Finanzbeamte beurteilen die Tätigkeit von NGOs, das ist nicht in ihrer Ausbildung und sie haben keine Kompetenzen. (...) Da wurden zwei Letalnormen geschaffen, die sowohl die Gemeinnützigkeit als auch die Spendenabsetzbarkeit durch einen Bescheid eines Finanzbeamten beenden.“ (IE3)

Befürchtet wird zudem, dass in Zukunft weitreichendere Änderungen des Gemeinnützigkeitsrechts durchgeführt würden, die – ähnlich wie in Deutschland – zum Entzug der Gemeinnützigkeit insgesamt führen könnten. Dies hätte finanzielle Nachteile zur Folge, aber auch vermutlich die Einschränkung von Möglichkeiten, in Verfahren Parteistellung zu erhalten.

„Aber der Verlust der Gemeinnützigkeit ist im Regelfall der Todesstoß für eine Organisation, weil damit natürlich eine ganze Reihe von weiteren Problemen da sind, steuerlichen Problemen da sind, die als gemeinnützige Organisation natürlich einen Vorteil haben.“ (I5N)

Versammlungsfreiheit

Die Befragten nennen das Thema der eingeschränkten Versammlungsfreiheit nicht explizit, Amnesty International kritisiert allerdings einige Einschränkungen, die auch Österreich betreffen. Dazu gehören räumliche Restriktionen, auch in Österreich wurden Fälle von ungesetzlicher und diskriminierender Einschränkung möglicher Orte von Versammlungen dokumentiert. Weiters wird die unverhältnismäßige und ungesetzliche Auflösung von Versammlungen kritisiert (Amnesty International, 2024, S. 26).

Auch die Verantwortung für andere Demonstrationsteilnehmer:innen und Aktivist:innen wird nicht nur von Amnesty International kritisiert, sondern von Aktivist:innen als starker Druck erlebt. Sie werden für ein Verhalten mitverantwortlich gemacht, ohne dieses kontrollieren zu können:

„So manche Situationen mit der Polizei, die einfach sehr ungut waren. Also ich hab jetzt selbst nie Repression direkt erlebt, aber halt so auf Demos, wo du einfach so gemerkt hast, ok, sie sind halt auf Eskalation aus und wenn jetzt irgendein Demoteilnehmer irgendwas Falsches macht, dann kann das voll eskalieren. Und (...) wenn ich auf so einer Demo geordnet habe, das war teilweise sehr unangenehm. Voll, also so Block Gas Demo zum Beispiel. (...) das war sehr heftig. Und da hab ich so die Demospitze geordnet (...) und dann so hier 3 Reihen Cops, hier 3 Reihen Cops und dazwischen ich.“ (IA2)

Primärarrest

Ein weiterer Punkt ist die für Österreich spezifische Möglichkeit von Primärarrest. Das Verwaltungsstrafrecht sieht als schwerste Strafe die primäre Freiheitsstrafe vor. Eine primäre Freiheitsstrafe darf in Verwaltungsstrafverfahren nur verhängt werden, wenn sie als Strafmittel in den Verwaltungsvorschriften vorgesehen ist und dies im Einzelfall notwendig ist, um die Täterin/den Täter von weiteren Verwaltungsübertretungen gleicher Art abzuhalten.

„Wenn die finden, Dich schreckt das nicht mehr ab, die Geldstrafen, wir geben dir direkt eine Haftstrafe, das heißt für einen Protest habe ich dann zum Beispiel mal 11 Tage Haft direkt von der Polizei bekommen und dass die Polizei das entscheiden kann, ist halt krass. (...) Wir gehen damit noch vor Gericht, weil das lassen wir uns natürlich nicht gefallen. Aber das Niedrigste, worauf sie es runtersetzen können, ist eine Geldstrafe von 750 Euro. Das ist halt sehr viel. Da hat die Polizei wirklich sehr viel Macht in ihren Händen.“ (IN10)

5.2.4 Subtilere Formen der Repression gegenüber etablierten NGOs

NGOs agieren meist weniger aktivistisch als Aktivist:innen, sie erleben auch weniger politischen Druck. Fallweise gibt es subtile Formen von Repression:

„Die Stadt Wien war nicht begeistert, als wir uns hinter die Lobaubesetzung gestellt haben. (...) wir wurden dann von Terminen ausgeladen und durften im Rathaus keine Veranstaltung machen.“ (IN1)

Auch Drohungen und Einschüchterungen kommen NGOs gegenüber vor, diese sind allerdings meist weniger vulnerabel als Aktivist:innen.

„Einfach, wo es einfach nur um Versammlungsfreiheit ging, dass wir als große NGO unsere Hand über diese Proteste legen und sagen, die jungen Leute, die hier gerade ganz viel auch riskieren, die haben einen Grund. Und dieser Grund ist nicht zu unterschätzen. Da sind wir auch in unserer Rolle einerseits delegitimiert worden, und zwar gar nicht von politischen Akteuren, sondern von der Polizei selbst. Und tatsächlich hat es da eben Einschüchterungen gegeben. Wir zeigen euch an, und das ist dann auch privat und so (...) also wo es auch gegen Mitarbeiter:innen von uns geht. Die kennen Ihre Rechte aber. Wo denen dann trotzdem auch gesagt wird, selbst wenn du hier gerade deinen Job machst, kriegst du Privatprobleme mit uns.“ (IN4)

Ein weiteres Beispiel sind verwaltungsrechtliche Hürden für die Durchsetzung umweltpolitischer Forderungen. So ist die Aarhus Konvention, die der Öffentlichkeit Beteiligungs- und Rechtsschutzrechte im Umweltbereich gibt, in Österreich sehr mangelhaft umgesetzt. Im Artenschutzrecht wurden etwa gerade etablierte Rechtsschutzwege ausgehebelt durch den Umstieg von Abschussbescheiden auf Abschuss-Verordnungen.

„Im Artenschutz gab es bis letztes Jahr die Möglichkeit, rechtliche Beschwerden gegen Abschussbescheide einzulegen. In diesen Verfahren wurde den Umweltorganisationen auch ausnahmslos recht gegeben und Bescheide mussten zurückgezogen werden. Die Bundesländer haben dann aufgehört, Bescheide zu erlassen, sondern Verordnungen. Gegen Verordnungen können NGOs keine Rechtsmittel einlegen. Somit wurde hier der Handlungsspielraum faktisch verkleinert. Hierzu gibt es inzwischen eine wegweisende Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs, demnach das Vorgehen der Bundesländer unzulässig ist. Aber bisher hat sich das realpolitische noch nicht verändert. Man versucht also NGOs ihre Mitspracherechte, die sie laut Aarhus-Konvention hätten, zu nehmen.“¹⁹

19. Kommentar in quantitativer Erhebung von Global 2000 aus 2024.

Eine weitere Schwierigkeit – wenngleich nicht Repression – ist die Unzugänglichkeit vieler Politiker:innen. Repräsentant:innen von NGOs berichten häufig, keinen Kontakt zur Politik zu bekommen. Dies betrifft auch Klimawissenschaftler:innen.

„Die antworten nicht mehr. Also da, da bewegt sich was in der Kultur, was natürlich auch der Schwäche der Türkisen geschuldet ist.“ (IN3)

„In der umweltpolitischen Arbeit, dass eine Partei, insbesondere die Kanzlerpartei, nicht antwortet. Du fragst Termine an, du schreibst ihm, du rufst sie am Handy an, ich hab die Handynummern, die antworten nicht.“ (IN5)

5.3 Finanzieller Druck bzw. mangelnde Ressourcen

Das Thema mangelnder Ressourcen betrifft NGOs und Aktivist:innen gleichermaßen, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung.

NGOs, die mehr Fixkosten bestreiten müssen, spüren die Inflation und reduzierte bzw. nicht inflationsangepasste staatliche Subventionen, auch Spenden sind seit der Pandemie eher rückläufig. Im Gegensatz zur Situation zwischen 2017 und 2019 scheint hier keine systematische Strategie des Aushungerns kritischer Organisationen dahinterzustehen, sondern eine allgemein zurückhaltende Politik der öffentlichen Hand, gekoppelt mit der hohen Inflation, die sowohl NGOs als auch ihre Spender:innen belastet. In der quantitativen Erhebung ist die Finanzierung bzw. mangelnde Ressourcen das größte Problem, gaben hier insgesamt 80 % der Organisationen an. Dies wurde auch in der qualitativen Erhebung deutlich:

„Wir haben wenig neue Spender:innen und aufgrund der Inflation nun eine Lücke von ca. 20 %. (...) Jetzt wurden viele Personen gekündigt [Anm.: ca. 10 % des Personals], da gehen Menschen und Know-how verloren.“ (IN1)

„Der wirtschaftliche Druck, schleudert viele spendenfinanzierte Organisationen.“ (IN3)

„Die Teuerung war extrem, wir haben Gehälter angepasst, aber Spenden und Mitgliedsbeiträge sind gleich geblieben.“ (IN4)

„Ja, für uns war die Teuerung extrem. (...) Es haben sich leider in keinem Maß die Einnahmen, Spenden und Mitgliedsbeiträge gleich erhöht, sondern die sind eher konstant geblieben. Oder weniger geworden. Und dadurch haben wir ein riesiges Finanzloch gehabt.“ (IN2)

Als Konsequenz werden weniger Themen bearbeitet, weniger Aktionen durchgeführt und der Druck auf einzelne Mitarbeiter:innen steigt.

Aktivist:innen wiederum haben oft (fast) keine Ressourcen, um etwa Büroräume oder anderen Bedarf zu finanzieren. Zudem sind sie häufig mit Geldstrafen konfrontiert, die über Spenden oder Eigenmitteln bezahlt werden. Hier besteht hoher Unterstützungsbedarf.

„Räume, also essenziell ist für unsere Bewegung, aber auch für andere Bewegungen, dass wir Räume haben, wo wir uns treffen können, wo wir Termine veranstalten, wo wir miteinander arbeiten können und so weiter und das ist ein Pain in Wien Räume zu finden, die nicht Millionen kosten.“ (IA6)

„Das glauben ja auch alle, dass unsere Strafen bezahlt werden von Spendengeldern, aber das stimmt eigentlich gar nicht. Also wir müssen eigentlich dafür selbst aufkommen oder es eben absitzen gehen. Es gibt schon so einen Spendentopf, auf den man zugreifen kann, aber das ist halt eher für Leute die Kinder haben und sicher nicht ins Gefängnis können oder wenn es wirklich mal ganz kritisch ist, dann kann man immer einen Spendenaufruf machen und dann wird man rausgekauft.“ (IA14)

5.4 Überforderung und Überlastung

In der quantitativen Erhebung ist Überlastung der Aktivist:innen und Mitarbeiter:innen eines der größten Problemfelder. So gaben 72 % der Organisationen an, dass sie dadurch sehr oder etwas betroffen sind und nur 7 % bzw. 4 % sind von diesen Problemen (überhaupt) nicht betroffen.

Bei Aktivist:innen ist, der qualitativen Erhebung zufolge, die Gefahr von Überlastung noch höher. Sie wenden in der Regel viel Zeit für Klimaaktivismus auf:

„Ja, als ich noch Vollzeit gearbeitet habe, waren es vielleicht 20 Stunden in der Woche. Also ich erinnere mich, jeden Abend nach dem Nachhausekommen gab es irgendwas zu tun und ich habe irgendwas erledigt, Nachrichten beantwortet, Leute gecoacht, Sachen selbst erledigt. Samstag, Sonntag war auch in aller Regel Zeit für Klimaaktivismus. (...) Es ist zeitaufwendig, extrem fordernd. Also ich glaube, ich habe in meinem ganzen Leben noch nie so viel gelernt und noch nie so viel lernen müssen, wie im Aktivismus.“ (IA6)

„Das Problem mit dem Aktivismus ist, dass man das Gefühl hat, man tut nie genug. Also in jeder freien Minute denke ich mir, das sollte ich noch machen und das noch.“ (IA6)

„Also ich habe schon auch unterschätzt, wie anstrengend es ist und wie energieraubend und dass es einen auch ziemlich in ein Loch treiben kann, wenn man zu viel macht dafür oder zu viel gibt.“ (IA14)

„Also ich glaube, dass dieses Ausbrennen im Aktivismus eine große Gefahr ist, was viele erleben. Und deswegen mach ich jetzt auch viel weniger als früher, sag ich mal. Also ich sag auch viel ab, wenn es darum geht, auf Demos Reden zu halten oder sowas.“ (IE2)

Verbunden mit externem Druck kann dies zu hoher Anspannung bis Überforderung und wahrgenommenen Burn-out führen:

„Als dieser Brandanschlag war. So als Nazis – probably Nazis – ein Gebäude angezündet haben, während Leute drin waren. Es ist niemandem etwas passiert. Aber es war halt sehr heftig. Und ja, dann relativ kurz danach bin ich ins Burn-out gerutscht und dann erst einmal ein halbes Jahr ziemlich zu nichts zu gebrauchen und dann hats ein Jahr gedauert, bis ich wieder so auf dem Level war, wo ich vorher war. Das war auch nicht so easy.“ (IA2)

„Früher (...) war ich nach allen Protestwochen komplett am Ende und ich war einfach so fertig, ich habe auch nichts mehr machen können. Ich habe nicht mehr für mich kochen können, ich habe nicht mehr Wäsche waschen können, ich habe einfach nur noch so sitzen und an die Wand schauen können, das war alles. Also das sind Wochen, da schläft man, wenn es gut läuft, fünf Stunden in der Nacht und ist den ganzen Tag auf den Beinen irgendwo, muss was erledigen, muss Sorgearbeit leisten für die anderen, die im Gefängnis sind.“ (IA6)

Neben externem Druck spielen hier auch soziale Erwünschtheit (viel Einsatz wird von anderen Aktivist:innen geschätzt), das eigene Engagement für das Thema („man tut nie genug“) und mangelnde Strukturen (z. B. fehlende fixe Arbeitszeiten) eine Rolle. Der Umgang damit ist für die Befragten nicht befriedigend, hier gibt es wenig Kompetenzen. Auf die Frage, wie denn damit umgegangen würde, wenn Personen sich ausgebrannt fühlen, antwortet eine Aktivistin:

„Schlecht, meiner Meinung nach. (...) ich bin kein Einzelfall, es ist halt einfach viel zu normal im Klimaaktivismus und wir haben meiner Meinung nach immer noch viel zu wenig Möglichkeiten, damit umzugehen. Aber ich meine, es sind halt auch ein Haufen junge Leute, die keine Erfahrung und keine Ausbildung in sowas haben. Voll, also bei mir war es halt damals meine Familie und mein damaliger Freund, die mich dann durchgetragen haben durch das ...“ (IA2)

Viele Aktivist:innen geben das Engagement auf bzw. suchen weniger belastende Jobs in ähnlichen Bereichen. Manche schaffen es, ihr Engagement rechtzeitig zu reduzieren:

„Also viele machen dann etwas anderes, sie gehen halt in NGOs oder sonst irgendeinen Kontext, der halt weniger stressig ist, oder ich weiß nicht, ob manche wirklich komplett aufhören mit dem Aktivismus, aber ... sehr viele kommen nicht wieder. Voll ... sehr viele sind auch so, dass (...) am Burn-out vorbeischlittern, die dann halt einfach weniger machen und die bleiben dann schon da.“ (IA2)

Die Belastung wird auch durch die als existenzielle Bedrohung wahrgenommene Klimakrise verstärkt:

„Und das Burn-out kommt eben aus dieser in einem noch viel stärkeren Maß als früher, finde ich über dieses Existenzielle.“ (IN5)

Die Belastung wird auch durch die als existenzielle Bedrohung wahrgenommene Klimakrise verstärkt:

„Und das Burn-out kommt eben aus dieser in einem noch viel stärkeren Maß als früher, finde ich über dieses Existenzielle.“ (IN5)

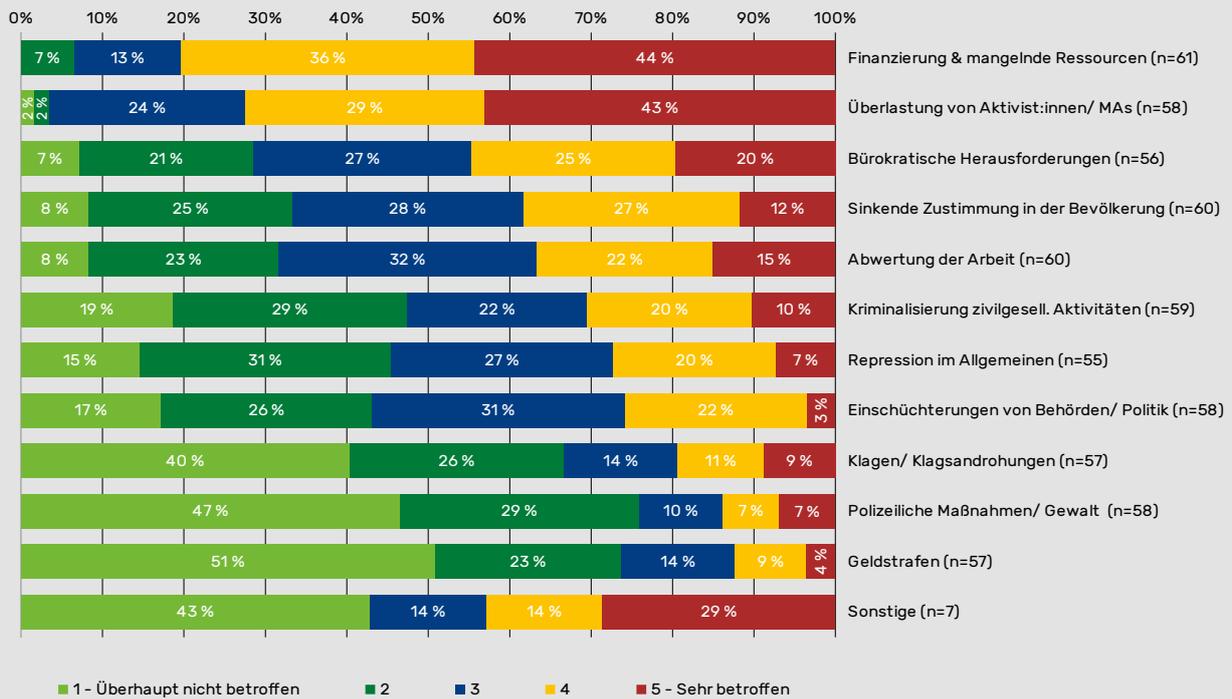
5.5 Von welchen Problemen sind Akteur:innen betroffen – Ergebnisse der quantitativen Erhebung

Die quantitative Erhebung wurde von 83 Akteur:innen der Zivilgesellschaft ausgefüllt. Die im Folgenden angeführten Ergebnisse beziehen sich v.a. auf NGOs und weniger auf Aktivist:innen in kleineren, weniger etablierten Initiativen und Gruppen, welche in der qualitativen Erhebung stark vertreten waren. So gaben bei der quantitativen Erhebung 81 % der Befragten an, sich in einer NGO zu engagieren und 14 % bezeichnete sich als Teil einer aktivistischen Gruppe oder Netzwerks. 5 % sehen ihre Organisation sowohl als NGO als auch als aktivistische Gruppe. Der Großteil der Organisationen (61 %) gab an, 51 bis 100 Angestellte zu beschäftigen, nur 12 % haben keine Angestellten. Etwa ein Drittel der befragten Organisationen (30 %) gab an, 51 bis 100 und ein weiteres Drittel (32 %) mehr als 100 aktive Mitglieder oder Freiwillige zu haben.

Wahrgenommene Probleme

Diese Befragten gaben folgende Antworten auf die Frage, wie weit sie bzw. ihre Organisation von folgenden Problemen betroffen sind:

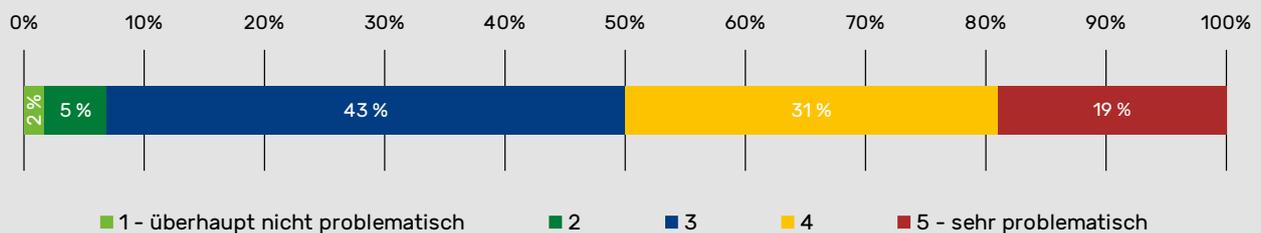
Wie weit sind Sie/Ihre Organisation von den folgenden Problemen betroffen?



Rechtlicher Rahmen:

Die Hälfte der befragten Organisationen erlebt die rechtlichen Rahmenbedingungen für Aktivismus im umweltpolitischen Bereich für zumindest etwas oder sehr problematisch. Nur 7 % schätzt den rechtlichen Rahmen als (überhaupt) nicht problematisch ein. 43 % ist dieser Frage gegenüber neutral eingestellt.

Wie erleben Sie die rechtlichen Rahmenbedingungen für Aktivismus im umweltpolitischen Bereich? (n=58)



Bei der Frage, ob es in letzter Zeit negative Entwicklungen bei Gesetzesänderungen im Umweltbereich gab, antworteten 27 % der Organisationen mit Ja. Die Frage nach positiven Gesetzesänderungen in diesem Bereich bejahten 22 %. Bei den negativen Gesetzesänderungen wurden besonders oft die Kriminalisierung von Aktivist:innen und Protestformen genannt. Bei den positiven Veränderungen wurde die Spendenabsetzbarkeit hervorgehoben.

6. WELCHE KONSEQUENZEN HAT DER DRUCK AUF ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEUR:INNEN?

Reaktionen und Strategien

6.1. Konsequenzen

Frustration

Auf Seiten der Aktivist:innen ist viel Frustration zu spüren, v.a. in Hinblick darauf, dass das Engagement offensichtlich nicht ausreicht, die Aktivitäten als nie genug erlebt werden.

Die Letzte Generation Österreichs, welche davor mit viel beachteten und -diskutierten Protestaktionen aufgefallen war, hat sich mit 6.8.2024 aufgelöst. In der diesbezüglichen Pressemitteilung beschreibt sie das zwar nicht als Folge von Druck, sie benennt ihn aber:

„Wir haben weitergemacht trotz Gewalt, Morddrohungen, Festnahmen und Haft, Hass oder Strafen in Höhe von zehntausenden Euros.“²⁰

Das Ende der Proteste schreibt sie mangelnden Erfolgchancen zu: „Wir haben in vielfältigster Weise protestiert: Straßenkleben, Autobahnproteste, Nehammer ein Gehirn schenken, Proteste vorm Parlament, Proteste im Parlament, Bäume pflanzen, Farbproteste an Luxusfassaden, Pool-Proteste, Ruhestörung, Motorsport-Unterbrechungen, Gespräche mit Politiker:innen und Promis, digitale Proteste, Blaskapelle auf der Autobahn, Aktionärssitzungen von fossilen Konzernen stören, Zelten, Protestmärsche, Kabarett, Politiker:innen Konfrontationen, Musikkonzertstörungen, Theaterstücke unterbrechen, an Autos an betonieren, die Bundesregierung verklagen, TV Auftritte, Podiumsdiskussionen, Störungen beim Marathon, Bannerdrops, Aufklärungsvideos, Infoabende zur Klimakatastrophe, Störungen von Skisportevents und zuletzt Flughafenproteste. (...) Wir sehen keine Perspektive für Erfolg mehr. Die Regierung glänzte in den letzten zwei Jahren mit kompletter Inkompetenz. Menschen aus der Bevölkerung haben sich für die fossile Verdrängung entschieden. Wir sehen ein, dass Österreich weiter in fossiler Ignoranz bleiben will und damit in Kauf nimmt, für den Tod von Milliarden von Menschen mitverantwortlich zu sein. Die Gesellschaft hat versagt. Uns macht das unendlich traurig.“²¹

Eine Vertreterin der Organisation beschreibt die Frustration, aber auch die Hoffnung auf weitere Aktivitäten anderer Akteur:innen:

„Also wir sehen gerade nicht, wie wir gerade so wie wir weitermachen mit der Situation, mit der Bewegung. Wie wir da noch viel erreichen können. Und haben deshalb gesagt, OK, dann ist das jetzt vielleicht der gute Moment, einfach zu sagen, dann ist das hier zu Ende. (...) Und dieser Platz, der Raum ist jetzt da. Für neue Projekte, wo auch bestimmt Leute von uns dabei sein werden.“ (IN10)

Auch andere haben den Eindruck, dass sehr viel diskutiert worden ist, aber sehr wenig passiert:

„Man ist einfach mit irrsinnig viel Gegenwind konfrontiert, das hat mit medialer Berichterstattung zu tun, das hat aber auch damit zu tun, dass eine schlechte Grundstimmung da ist. Und ein insgesamt großer Frust. Einfach zu dem Thema. Es ist sehr viel gefordert worden, sehr viel diskutiert worden und eigentlich sehr wenig passiert.“ (IN4)

20. <https://mailchi.mp/letztegeneration/ende-der-protesten> (aufgerufen am 6.8.2024)

21. <https://us13.campaign-archive.com/?u=b0301f11ba8a0837a2985ff50&id=2f891a1b5e> (aufgerufen am 7.8.2024)

Angst

Viele Aktivist:innen berichten auch von Angst angesichts von Polizeigewalt und möglichen Repressionen.

„Wenn vor einem mehrere Polizist:innen stehen, die voll bewaffnet sind, die Pfefferspray auf dich sprühen, die einen Wasserwerfer haben, also die halt so viel mehr Macht und Gewalt versprühen eigentlich, hast du halt zwei Arten darauf zu reagieren. Entweder du lässt dich einschüchtern und aufgrund dessen gehst du dann gar nicht mehr hin. (...) Also du kannst mit Angst reagieren, was absolut verständlich ist. Oder es wird (. . .) gewaltvoller agiert.“ (IA7)

Dennoch ist für viele die Angst vor der Klimakrise höher, als jene vor Repression und manche Personen können mit Repression auch besser umgehen als andere.

„Heißt, da kommt echt noch viel Nachspiel auf uns zu. Ja, und das macht natürlich auch Angst. (. . .) Ich habe das alles für mich in Kauf genommen und ich bin auch bereit, dafür ins Gefängnis zu gehen.“ (IN10)

„Ich will Ärztin werden, mir ist Leben und Gesundheit wichtig. Und da habe ich mehr Angst vor Klimakrise als vor dem Protest.“ (IA10)

„Ich glaub, das ist immer auf einer individuellen Ebene auch. Also es gibt Menschen, die nimmt das viel mehr mit als andere (. . .). Repressionen sind da und wir wissen im zivilen Widerstand, dass Repressionen kommen werden, und auf eine absurde Weise sind sie auch ein Zeichen davon, dass wir wirksam sind.“ (IN10)

Dies, gekoppelt mit Erschöpfung, führt bei vielen zur Rücknahme von Aktivitäten, sie benötigen eine Pause und ziehen sich für eine Zeit zurück.

„Ja, ich glaub schon, dass es natürlich viele sich dann überlegen, wo sie mitmachen (. . .) wenn man immer mitbekommt, dass auch sehr viel Polizei oder auch Polizeigewalt mitspielen kann. Ich glaube, das ist auch ein Grund dafür ist, dass viele Leute dann auch nach einer Zeit rausgehen oder eine Pause brauchen, weil es doch einfach auch ein sehr großer Druck auch ist, (. . .). Die Überwachung ist auch, glaube ich, eine große Frage. Inwieweit wird tatsächlich schon überwacht oder nicht? Also bei Klimaaktivist:innen.“ (IN2)

Die negative Stimmung belastet auch NGOs

Auf Seiten der NGOs wird es teilweise als schwierig erlebt, sich von radikaleren Aktionen, v.a. Klebprotesten, abgrenzen zu sollen, hier immer wieder zu Stellungnahmen genötigt zu sein, da viele Menschen mit den Strategien der Letzten Generation nicht einverstanden sind.

„Man kommt sehr schnell in einen Rechtfertigungsmodus (. . .) es wird eine Abgrenzung beispielsweise von der letzten Generation mittlerweile oft gefordert, weil die mit ihrer Aktion so sehr dominant sind im öffentlichen Diskurs, das ist, finde ich, schon eine Entwicklung, die interessant ist und teilweise auch fatal, dass die komplette Klimabewegung einfach als Klimakleber wahrgenommen wird und da gibt es weder von den Leuten, also sagen wir mal auf der Straße, im öffentlichen Diskurs, noch von Journalist:innen das Wissen oder die Auseinandersetzung damit, dass es da auch unterschiedliche Akteure gibt. (. . .) Wenn wir zu Energiedemokratie arbeiten, zu gemeinnütziger Energieversorgung, die demokratisch gestaltet, dann sehr schnell, kommt immer wieder von allen Altersgruppen. ‚Ja, aber das mit dem Kleben‘.“ (IN2)

Rücknahme von Aktivitäten

Sowohl bei Aktivist:innen als auch bei NGOs führt zunehmender Druck teilweise zu einem sogenannten Chilling-Effekt. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten, insbesondere Protestaktionen, werden abgeschwächt. Dieser Chilling-Effekt ist zum einen die direkte Folge von Repression:

„(...) das alles hat so einen Chilling-Effekt auf die Demo-Teilnehmer:innen. Wenn ich fürchten muss, dass es zu Übergriffen kommen kann und dass es dagegen nicht viel tun kann, dann traue ich mich auch weniger, an einer Demo teilzunehmen.“ (IE4)

Große NGOs schränken sich auch aufgrund der negativen Stimmung ein:

„Die öffentliche Haltung gegenüber einer bestimmten Form von Aktivismus hat sich eben deutlich verschlechtert und also für uns hat das natürlich Auswirkungen, weil wir bestimmte Formen von Aktionen und so weiter dann doch eher nicht machen. Im Gegensatz zu früher, wo wir es wahrscheinlich eher gemacht hätten, überlegen wir uns das mittlerweile halt mehrfach.“ (IN5)

Es ist anzunehmen, dass dieser Chilling-Effekt nicht auf alle Teile der Umweltbewegung zutrifft, sondern vielmehr eine Spaltung passieren könnte. Während ein Teil der Szene sich radikalisiert und unter hohem persönlichem Risiko weiter protestiert, schränken sich viele Aktivist:innen eher ein. Mitglieder großer Organisationen sind zwar weniger persönlichem Druck ausgesetzt, die Organisation selbst haben aber viel zu verlieren, und schränken sich deswegen ebenfalls ein.

Teilweise auch mehr Mobilisierung

Eine Befragte berichtet auch über mobilisierende Effekte der Kriminalisierung:

„Also sie ermitteln ja gegen uns wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung (. . .). Das lag daran, dass wir im November uns auf die Autobahn betoniert haben und sie uns dann rausgefräst haben und dadurch halt der Asphalt, also die Autobahn, beschädigt wurde und das ist halt Beschädigung kritischer Infrastruktur. Und ich glaube, dadurch wurden wir auch nochmal um einiges bekannter. Das war auch ziemlich absurd eigentlich, weil es danach um einiges mehr Anmeldungen gab, nachdem die Kriminalisierung losging.“ (IA14)

6.2. Strategien des Umgangs mit Druck auf umweltpolitische Akteur:innen

Aus anderen Erhebungen zu Einschränkungen der Zivilgesellschaft wissen wir, dass nicht nur Druck sowohl zu defensiven Strategien bzw. der Einschränkung von Engagement, also sogenannten Chilling-Effekts führt, sondern auch Strategien der Resilienz, wie kreative Formen des Protests, Solidarität und wechselseitige Unterstützung entwickelt werden (Simsa 2019, 2021).

Diese werden gerade unter schwierigen Bedingungen wichtiger. Insbesondere die Bedeutung von Dachverbänden für NGOs und die Vernetzung sind Aspekte, die auch in anderen Studien hervorgehoben werden (Anheier, Lang und Toepler 2019).

6.2.1. Wechselseitige Unterstützung

Wechselseitige Unterstützung ist unter Aktivist:innen wichtig. Es wird berichtet, dass Aktivist:innen aufeinander achten, einander darauf ansprechen, wenn jemand zu viel arbeitet, in Check-in-Runden wird die persönliche Befindlichkeit besprochen und Psychologists for Future bieten Unterstützung an.

„So ganz am Anfang, als die letzte Generation neu war, gab es noch keine Strukturen zu nachhaltigem Aktivismus. Das haben wir uns dann nach und nach von Extinction Rebellion abgeschaut. (. . .) Wir checken miteinander ein, wenn wir einen Termin anfangen. Wir checken miteinander aus, wenn der Termin zu Ende ist. Wir achten darauf, wie es einander geht und sind auch emotional füreinander da. (. . .) Es gibt eine Gruppe, die heißt emotionale Unterstützungs-AG, also Emo-Support. Die sind für dich da, wenn es was gibt. Also, wenn man einen Scheißtag im Polizeianhaltezentrum erlebt hat, dann wartet in der Regel jemand vom Emo-Support vor dem Polizeianhaltezentrum.“ (IA6)

„Es gibt den emotionalen Support, das sind Leute, die halt da sind, wenn es dir schlecht geht nach einem Protest. Die melden sich auch immer eigentlich bei dir, da musst du gar nicht aktiv auf die zugehen. Du kannst auch immer fragen, ob du mit ihnen reden kannst. Ist halt eigentlich wie die Therapie dann auch. Und die sind auch dafür da, wenn es intern irgendwelche Probleme gibt.“ (IA14)

„Da gibt es immer mal wieder Gesprächsräume, die angeboten werden, gerade nach Protesten oder schlimmen Erfahrungen im PAZ, wo man hingehen kann. Und dann sind irgendwie Therapeut:innen da oder Leute, die sich auskennen, Coaches, die dann ihr Wissen teilen oder auch einfach Räume, wo wir einfach nur da sind und miteinander teilen, wie es uns gerade geht (. . .) Man will auch einfach manchmal das aussprechen und auch sehen, dass es anderen ähnlich geht, das gibt schon sehr viel Halt.“ (IA10)

6.2.2. Solidarität im Rahmen der Zivilgesellschaft

Solidarität innerhalb der Zivilgesellschaft wird grundsätzlich als wichtig beschrieben.

„Ein starker Schulterschluss der Zivilgesellschaft wäre nötig.“ (IN4)

„Die Erkenntnis ist ja eigentlich, dass man rotes Telefon braucht. Zwischen den relevanten Akteurinnen und Akteuren, dass man dann schnell reagieren kann.“ (IN3)

„Auch die Erkenntnis aus dem letzten Schwarz, Blau war Vernetzung. Wenn die Zivilgesellschaft untereinander gut vernetzt ist, dann schaffen wir es. Auch mit guten Jurist:innen, mit Wissenschaftler:innen und Medien.“ (IN3)

„Was es bräuchte, ist so ein starker Schulterschluss der Zivilgesellschaft, das, wenn da Menschen diffamiert werden, die wirklich tolle Arbeit machen, da braucht es jedes Mal einen Aufschrei, und zwar nicht nur der Öko- und Klimabubble, sondern auch rein in die Menschenrechtsszene, rein in sozialen Organisationen, Frauenhäuser (. . .) da einfach noch mehr diese Solidarität der Zivilgesellschaft spürbar zu machen für die Einzelnen.“ (IN4)

Unter der Koalition von ÖVP und FPÖ etwa, die mit massiven Kürzungen für kritische Organisationen einherging, wurde der Solidaritätspakt gegründet, eine Vereinigung unterschiedlicher NGOs, die einander über einzelne finanzielle Kürzungen oder sonstige Restriktionen informierten, um gemeinsam dagegen anzutreten bzw. einander zu unterstützen.

„Der Solipakt, das hat eine ganz andere Berechtigung, weil es im Prinzip ja fast eine Art von Selbstverteidigungsbündnis ist. Also das würde ich eher positiver sehen.“ (IN5)

Neue Narrative, Symbole und Aktionsformen

Wie auch schon unter der Koalition von ÖVP und FPÖ, in der die Zivilgesellschaft unter starken Druck geraten war, werden auch gegenwärtig neue Aktionsformen entwickelt, die bewusst konservative Narrative und Symbole verwenden, wie den Slogan „Klimaschutz ist Heimatschutz“ oder Transparente in Form von Stickdeckchen. Auch mit Aktivitäten, die zwar Aufmerksamkeit erregen, aber in der Symbolwelt jener Gruppierungen verankert sind, die häufig zivilgesellschaftlichen Protest ablehnen, wird experimentiert, etwa Blasmusikumzüge oder Almauftriebe. Damit wird versucht, breitere Zustimmung bzw. Anschlussfähigkeit auch an Personengruppen, denen zivilgesellschaftlicher Protest bislang zu fremd bzw. radikal war, zu erwirken.

„Jetzt zuletzt waren wir in Innsbruck, wo die letzte Generation einen superwitzigen Umzug einfach gemacht hat, mit Blasmusik und Trachtenzeug sind sie durch die Stadt. Und haben damit Aufmerksamkeit generiert. Also sie ändern auch ihre Aktionsformen, was gut ist.“ (IN3)

„Wieso ein Stickdeckchen? Klimaschutz ist Heimatschutz. Ja, super. Und das haut halt voll rein. (. . .) ich find das genau richtig, das Rekapern von den Frames, die uns die Rechten weggenommen haben.“ (IN3)

Die Gruppe „Protectourwinters“, in der sich Outdoorsportler:innen organisieren, hat etwa einen „Almauftrieb der Generationen“ veranstaltet. Damit „(. . .) haben wir ein starkes Zeichen dafür gesetzt, was es für uns zu schützen gilt. Anstatt von Weidetieren wurden symbolisch vulnerable Personengruppen auf die Alm getrieben, um auf die klimatischen Veränderungen, und deren Auswirkungen auf unser Zusammenleben aufmerksam zu machen. Wir Outdoorsportler:innen wurden dabei von Politiker:innen, Vertreter:innen der Landwirtschaft und des Gesundheitswesens, den Omas gegen Rechts und einer Blasmusikkapelle begleitet.“²²

Explizit wird dabei betont, dass Personen aus unterschiedlichen Milieus an der Aktion teilgenommen hatten und dies im Einklang mit der Tradition sei: „Unsere gewohnte Lebensqualität ist bedroht – und wir sind bereit, etwas dagegen zu tun. Die Tradition steht dazu nicht im Widerspruch: Der Almauftrieb steht für Veränderung, für den Beginn einer neuen Zeit und wir sehen ihn als Symbol für regionalspezifische Weiterentwicklung.“²³

Im Rahmen des Projekts „Hot Planet, Cool Athletes“ bietet die Organisation Klimaworkshops für Schulklassen an. Mit „Mountainsports for Everyone“ bekommen Schüler:innen die Möglichkeit, verschiedene Outdoorsportarten in Kombination mit Klimaworkshops kostenlos auszuprobieren. Damit sollen Bergsportarten und Klimaschutz niederschwellig vermittelt werden.

22. <https://protectourwinters.at/almauftrieb-der-generationen-almgesprach-der-wirtschaft/> (aufgerufen am 17.8.2024)

23. <https://protectourwinters.at/almauftrieb-der-generationen-almgesprach-der-wirtschaft/> (aufgerufen am 17.8.2024)

Erfolge wahrnehmen und betonen

Viele Befragte betonen die Wichtigkeit, Erfolge ausreichend wahrzunehmen und zu kommunizieren. Dies kann sowohl als Reaktion auf verbreitete Gefühle von Frustration und dem nicht ausreichenden Erreichen von Zielen, als auch als Reaktion auf die externe Zuschreibung von Wirkungslosigkeit von Protest bzw. dem Versagen der Klimabewegung, sinnvoll sein.

Obwohl bislang viele Ziele nicht erreicht wurden, werden auch Erfolge wahrgenommen.

„Ja, und gleichzeitig haben wir es eben geschafft, jetzt viele Leute zumindest mal vertraut zu machen mit diesem Konzept des zivilen Ungehorsams. Vielleicht sich mehr Gedanken gemacht haben. (. . .) also irgendwie so bisschen eine politische Erziehung auch oder Bildung vorangetrieben zu haben.“ (IN10)

„Dass die Leonore jetzt dem Renaturierungsgesetz zugestimmt hat, nachdem wir ihr das 6 Wochen geraten haben, wird ihnen einige Prozentpunkte bringen und gibt der Bewegung natürlich auch wieder Schub. Es geht doch was. (...) Die Sache mit der Offenlegung von Namen und Adressen der Mitglieder, der UVP-Änderungsantrag, (. . .) das haben wir ihnen einfach weg gekämpft. (. . .) Die Revolution der Erneuerbaren, die auch medial so gut wie nicht berichtet wird, wo die Kurven Fotovoltaik in Österreich und weltweit einfach durch die Decke gehen und auch Windkraft und so weiter, das passiert ja alles. (. . .) Erfolgsgeschichten, was wir in den letzten 10 Jahren mit dem Engagement unserer Unterstützer weitergebracht haben, Pestizidzulassung, Lieferkettengesetz, wir haben Pfand durchgesetzt, wir haben das letzte Kohlekraftwerk abgedreht mit unserer Kampagne, wir haben jetzt die Deregulierung von Gentechnik, die gestern gescheitert ist. (. . .) Das bringt was, sich auf die Hinterbeine zu stellen.“ (IN3)

7. WELCHE UNTERSTÜTZUNG BRAUCHEN NGOS BZW. AKTIVIST:INNEN?

Auf Basis der ersten beiden Forschungsfragen werden hier Maßnahmen, die den zivilgesellschaftlichen Raum schützen können, ausgearbeitet. Mögliche Formen der Unterstützung sind sehr direkt zu denken, wie etwa Weiterbildung bzw. spezifische Trainings von Aktivist:innen, aber auch allgemeiner, wie etwa Öffentlichkeitsarbeit vonseiten engagierter Wissenschaftler:innen. Viele Interviewpartner:innen sprechen Anliegen aus, die im Rahmen des Projekts nicht erfüllbar sind. Beispiele sind etwa mehr politischer Rückhalt für die Watchdog-Arbeit der Zivilgesellschaft, bessere rechtliche Möglichkeiten, effektiv an politischen Verfahren und Prozessen beteiligt zu werden (Stichwort Aarhus Konvention) oder dass die Politik sich an die selbst gestellten klimapolitischen Ziele halten sollte, „ihre Arbeit machen solle“ (IA5). Auch wenn diese nachvollziehbar sind, geht es im Folgenden darum, welche Maßnahmen im Rahmen des Projekts leistbar sind.

7.1. Legitimität schaffen durch Finanzierung von Öffentlichkeitsarbeit

Ressourcen des Projekts können eingesetzt werden, um gezielten Diffamierungen zivilgesellschaftlicher Arbeit durch strategische Kommunikation entgegenzutreten. Durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit können sowohl Erfolge der Zivilgesellschaft als auch Hintergründe – also die Berechtigung zivilgesellschaftlicher Arbeit – stärker in die mediale Diskussion eingebracht werden. Neben Wissenschaftler:innen ist es sinnvoll, auch Influencer:innen und Kommunikationsexpert:innen einzubeziehen. Vorstellbar wäre die Erstellung eines Kommunikationspaketes, das NGOs und Aktivist:innen zur Verfügung gestellt wird und Folgendes beinhaltet:

- Entwicklung von positiven Narrativen, die die Umweltsituation niederschwellig beschreiben und Lösungsmöglichkeiten aufzeigen;
- Dekonstruktion von polarisierenden und spaltenden Narrativen;
- Entwicklung von Strategien, wie die Zivilgesellschaft ihr Image in der Öffentlichkeit verbessern kann (z. B. breite Imagekampagne zur Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Arbeit.

7.2. Psychologische Betreuung und Burn-out-Prävention

Zivilgesellschaftliche Akteur:innen sind häufig hohen Belastungen ausgesetzt. Dies betrifft sowohl die persönlich sehr exponierten Aktivist:innen als auch häufig Mitarbeiter:innen von NGOs. In einer Erhebung zu Freiwilligenarbeit im Zuge der Fluchtbewegungen des Jahres 2015 wurde deutlich, dass jene Personen, die keine Ausbildung bzw. Erfahrung mit emotional belastender Arbeit haben, weitaus schlechter mit der belastenden Situation fertig geworden sind (Simsa, 2016).

Interviewpartner:innen regen daher Maßnahmen der Persönlichkeitsentwicklung bzw. Burn-out-Prävention an:

„Das sind auch Themen der Persönlichkeitsentwicklung und des Umgangs. Der Druck auf die Einzelpersonen ist wahnsinnig groß, wird viel, viel intensiver und viel stärker und viel existenzieller erlebt. Und damit muss man erst mal einen Umgang finden können. Ja, und ich halte das für komplett unbetreut. Und das gehört betreut, da gehören Systeme und Strukturen geschaffen, die damit auch in der Lage sind, einen Umgang zu finden.“ (IN5)

„Da gibt es gelebte Antworten auf die Frage, wie vermeidet man dieses klassische Activist Burn-out? Also oder da gibt es einfach auch Erfahrungen, aus denen man lernen kann.“ (IN4)

Im Rahmen des Projekts sind folgende Maßnahmen denkbar:

- Angebot von Seminaren zur Persönlichkeitsentwicklung mit Fokus auf Umgang mit Stress und Druck bzw. Selbstfürsorge;
- Organisation einer Drehscheibe von Psycholog:innen, die kostenlose Betreuung und Weiterbildungen anbieten (Kurzworkshops, Therapiegespräche, Therapiegruppen, Telefonhotline) oder
- Unterstützung bestehender Netzwerke wie etwa Psychologists For Future Austria, deren Arbeit auszuweiten;
- Angebot einer Kurzausbildung zu Klima-Coaches aus der Zivilgesellschaft, also von Aktivist:innen, die dazu befähigt werden, Betroffene zumindest in leichten Fällen selbst zu betreuen, Bewusstsein für Belastungen und mögliche Resilienz-Strategien zu schaffen bzw. Informationen zu weiteren Hilfsangeboten verbreiten können.

7.3. Beratung/Unterstützung in Bezug auf interne Organisation

Häufig wird auch Unterstützungsbedarf in Bezug auf Organisations- und Strategieentwicklung genannt, die zu weiterer Professionalisierung führen könnte:

„Die (Klimabewegung) hat ja sehr kraftvoll begonnen und über die Jahre sind immer größere Probleme gekommen. Und ich glaube, dass vieles damit zu tun hat, weil die Grundlagen einer gesunden Organisationsentwicklung niemals gelegt worden sind. Das sind ja spontan entstandene Initiativen, die mit einem hohen Maß an Selbstausschöpfung arbeiten.“ (IN5)

„(. . .) gute Strukturen, (. . .) da braucht es innerhalb der Bewegung und aktivistischer Gruppen gute Strukturen, wo man sich gegenseitig unterstützt, starke Beziehungen hat, füreinander da ist. Das hilft, glaube ich, sehr stark. Das ist natürlich schwierig, mit einem externen Angebot zu schaffen, aber wenn es dann einen Pool an Personen gibt, die sich gut auskennen mit Moderation von Klausuren zum Beispiel et cetera, ist natürlich auch immer hilfreich, auch solche Personen zurückgreifen zu können.“ (IN2)

„(. . .) also durch Handbücher zum Beispiel, damit Organisationen, die aus einem Sozialhilfebereich kommen, auch die gleiche Sprache sprechen, wie Organisationen, die im Umwelt- und Klimabereich tätig sind, dass etablierte Organisationen die gleiche Sprache sprechen wie Grassroots-Aktivist:innen. Es gibt da, glaube ich, einfach ganz viel. Übersetzungsbedarf.“ (IN4)

„(. . .) weil damit stehen und fallen Projekte ja sehr oft, weil keine guten Entscheidungsstrukturen geschaffen sind, oder Arbeitsstrukturen, Kommunikationswege et cetera und das glaub das hilft auf jeden Fall, wenn es da gute Materialien auch gibt.“ (IN2)

Ein großes Thema, bei dem Unterstützungsbedarf sinnvoll scheint, ist der Umgang mit Konflikten.

„Angebote der Supervision beispielsweise könnten uns sehr gut helfen. Oder Mediation, weil (. . .) wenn unterschiedliche Menschen zusammen politische Arbeit machen, es natürlich auch intern oft Konflikte gibt (. . .) da professionelle Mediatorinnen oder Supervision zu haben.“ (IN2)

Im Feld der NGOs gibt es viel Know-how, v.a. in etablierteren Organisationen. Dieses könnte stärker auch für aktivistische Initiativen nutzbar gemacht werden.

Im Rahmen des Projekts sind folgende Maßnahmen denkbar:

- Angebot von Weiterbildungen zu folgenden Themen: interne Organisation bzw. Gestaltung interner Strukturen; Kampagnenarbeit, Fundraising; Sitzungsgestaltung und Moderation; Entscheidungsmanagement; Leadership
- Ausarbeitung von kurzen Handouts für Aktivist:innen zu diesen Themen;
- Mediation bei internen Konflikten oder zwischen Gruppen
- Aufbau eines Pools von Moderator:innen und Organisationsberater:innen, die kostenlose Angebote für Organisationen der Umwelt- und Klimabewegung erstellen. Dies impliziert:
 - > Kontaktaufnahme und Klärung der Angebote
 - > Aufbau einer Website zur Information über Möglichkeiten und zum Matching von Angeboten und Nachfrage
 - > Niederschwellige Qualitätskontrolle
- Organisation einer Drehscheibe von Personen aus der Zivilgesellschaft, die ihr Wissen teilen, z. B. im Rahmen von Gesprächsabenden, Kurzworkshops oder Vorträgen

7.4. Beratung/Unterstützung von Vernetzung

Es gibt bereits viel Vernetzung im Rahmen der Zivilgesellschaft, mehr wird von den meisten Befragten nicht als notwendig erachtet. Nicht immer allerdings sind Vernetzungsaktivitäten effizient und gut strukturiert, hier besteht Unterstützungsbedarf.

„Das ist ein Mangel, eigentlich nicht an den Räumen und zur Vernetzung und zur Strategiediskussion. Es mangelt an der Koordination und Entscheidung und die Überforderung ist natürlich auch sehr präsent.“ (IN2)

„Wir brauchen gut strukturierte Vernetzungstreffen, und Strukturen, wo man sich gegenseitig unterstützt.“ (IN4)

Für kleinere oder finanzschwache Organisationen ist die Teilnahme an Vernetzungsaktivitäten schwer, hier wird Bedarf an finanzieller Unterstützung geäußert.

„Und zusätzlich Ressourcen für diese Vernetzung, die aufwendig ist, die zeitaufwendig ist und damit eben für eine spendenfinanzierte Organisation nicht zu finanzieren ist.“ (IN3)

„Und natürlich die personellen und finanziellen Rahmenbedingungen dafür, das auch effizient zu tun.“ (IN6)

Im Rahmen des Projekts sind folgende Maßnahmen denkbar:

- Organisation eines Pools an Personen aus der Zivilgesellschaft, die Vernetzungstreffen organisieren und moderieren;
- Angebot von Weiterbildungsworkshops zu Organisation und Moderation für Aktivist:innen;
- Aufbau eines Pools von Moderator:innen und Organisationsberater:innen, die kostenlose Angebote für Vernetzungsarbeit erstellen.

7.5. Juristische Information/Weiterbildung

Ein wichtiger, oft angesprochener Punkt ist juristische Unterstützung bzw. Information. Dies kann in Form von niederschwelliger Rechtsberatung, der Unterstützung bestehender Rechtshilfeinitiativen oder in Form der Zusammenstellung von Hintergrundinformation geschehen.

„Hintergrundinformationen vielleicht, die gut aufbereitet sind, die auch aktuell sind, weil sich ja auch Dinge ändern beziehungsweise neue Fälle auftreten, wo dann Präzedenzfälle geschaffen wurden, also dass man da irgendwie so einen State of the Art auch hat (. . .), welche Prozesse stattgefunden haben, die irgendwie entweder gut oder schlecht für Klimaaktivist:innen ausgegangen sind.“ (IN2)

„Niederschwellige Rechtsberatung ist immer super, (. . .) Woher sollen gerade jüngere Aktivistinnen das auch wissen (. . .) das wäre gut, wo man eine Anlaufstelle hat, wo man rechtliche Unterstützung hat.“ (IN2)

„Also Rechtsberatung wird wichtig sein. Ich meine da haben wir Gott sei Dank unsere Dachorganisation Ökobüro, die ja rechtlich sehr kompetent sind, die auch unter Kurz-Strache extrem wichtig waren. Das kann man nicht überbetonen. Wie wichtig das ist.“ (IN3)

Im Rahmen des Projekts sind folgende Maßnahmen denkbar:

- Finanzierung niederschwelliger Rechtsberatung für Aktivist:innen;
- Ausarbeitung kurzer Handouts zu juristischen Fragen (SLAPP Klagen, rechtliche Möglichkeiten gegen Polizeigewalt etc.);
- Workshops oder Trainings zu rechtlichen Fragen;
- Unterstützung bestehender Vereine, die Rechtsberatung für Klimaaktivist:innen anbieten, etwa der Initiative Grad Recht.

7.6. Finanzielle Unterstützung bzw. Ressourcen

Wenn dies im Rahmen des Projektbudgets möglich ist, dann wäre auch die Bereitstellung von Ressourcen, wie Büroräume und -infrastruktur oder finanzielle Unterstützung für Anwaltskosten oder Strafzahlungen für Aktivist:innen hilfreich.

„(. . .), das ist ja das Minimum, dass es zum Beispiel eine Büroinfrastruktur gibt, oder die, die Demonstrationen machen, sie haben Kosten für Bühnen oder andere Dinge. Dass das zumindest abgedeckt wird. Ja, und vielleicht kann man auch noch die eine oder andere Person mit finanziellen Mitteln ausstatten. Im Sinne einer gesunden und stabileren und resilienteren Bewegung wären das schon wichtige Maßnahmen, die man setzen könnte.“ (IN5)

Im Rahmen des Projekts sind folgende Maßnahmen denkbar:

- Finanzierung von Büroräumen und -infrastruktur für Aktivist:innen;
- Finanzierung von Sachkosten in Zusammenhang mit Veranstaltungen oder Öffentlichkeitsarbeit;
- Fallweise Finanzierung von Anwaltskosten und Strafzahlungen.

7.7. Theoriearbeit

Ein weiterer in den Interviews genannter Wunsch betrifft Theoriearbeit. Diese soll helfen, ein gemeinsames Verständnis von Bewegungszyklen, Konflikten, Begriffen und Strategien zu erlangen und damit das Bewusstsein und die Stellung der Zivilgesellschaft zu stärken. Dies kann durch die Stärkung eines gemeinsamen Selbstverständnisses auch den Zusammenhalt in der Zivilgesellschaft stärken.

In der quantitativen Erhebung stand dieser Wunsch ganz vorn, 79 % halten Theoriearbeit zu Bewegungstheorie und Bewegungspraxis für sinnvoll.

„Man muss aus der Vergangenheit über die Zukunft lernen. Ich glaub auch, dass die Übersetzbarkeit einfach in der immer schwieriger wird. Einfach mit Social Media mit dieser neuen Rechten. (...) „Ich bin recht dankbar über ein Buch, das vor Kurzem erschienen ist. Wo es so um Bewegungstheorie geht und wo einfach mal Begriffe gefunden werden, anhand derer man sich dann austauschen kann und ich glaub, dass tatsächlich die Klimabewegung, wie aber auch eigentlich die gesamte Zivilgesellschaft gerade einfach in dieser Krise steckt, dass wir alle wissen, was auf uns zukommt, dass wir alle eigentlich diesen breiten Schulterchluss bräuchten und aber gleichzeitig alle so vereinzelt sind.“ (IN4)

7.8. Welche Unterstützungsmaßnahmen wünschen Befragte – Ergebnisse der quantitativen Erhebung

Fast alle befragten Organisationen (91 %) halten Beratung und Training in Bezug auf Persönlichkeitsentwicklung für sinnvoll. Außerdem denken 79 % bzw. 72 % der Organisationen, dass Theoriearbeit in Zusammenhang mit Bewegungstherapie und -praxis und Unterstützung von Vernetzungsaktivitäten, sinnvolle Maßnahmen zur Unterstützung ihrer Arbeit sind. -praxis für sinnvoll.

Welche Maßnahmen der Unterstützung der Arbeit im umweltpolitischen Bereich im Rahmen eines EU-Projekts halten Sie für sinnvoll? (n=53)



8. ZUSAMMENFASSUNG UND RESÜMEE

Das Teilprojekt „Analyse der Situation österreichischer zivilgesellschaftlicher Akteur:innen im Umweltbereich“ analysiert die Rahmenbedingungen zivilgesellschaftlicher Organisationen (NGO) sowie andere Akteur:innen der Zivilgesellschaft im Umweltbereich, mit Fokus auf Versuche, deren Handlungsspielräume einzuschränken. Zunächst wird erhoben, welchen Druck zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Umweltbereich in Österreich erleben und welche Konsequenzen dies hat. Darauf aufbauend wird zusammengefasst, welche Unterstützung NGOs bzw. Aktivist:innen brauchen, um mit dem auf sie ausgeübten Druck gut umgehen zu können.

Methodisch beruht das Projekt auf drei Säulen, nämlich (1) einer Literaturrecherche zur Situation der Zivilgesellschaft und veränderter zivilgesellschaftlicher Handlungsspielräume, (2) einer qualitativen Erhebung. Dabei wurden 30 qualitative, semistrukturierte Einzelinterviews mit Akteur:innen der Zivilgesellschaft durchgeführt, 6 davon mit Expert:innen aus der Wissenschaft bzw. Rechtssystem, 15 mit Aktivist:innen und 10 mit Vertreter:innen von NGOs bzw. Initiativen im Umweltbereich. Darauf aufbauend wurde (3) eine quantitative Erhebung durchgeführt. Diese wurde von 83 Akteur:innen der Zivilgesellschaft ausgefüllt und deskriptiv ausgewertet, 81 % der Befragten gab an, sich in einer NGO zu engagieren und 14 % bezeichnete sich als Teil einer aktivistischen Gruppe oder Netzwerks.

Theoretisch reiht sich das Projekt in Diskussionen zu *changing, shrinking* oder *contested civic spaces* ein, also der Veränderungen des zivilgesellschaftlichen Handlungsspielraums (Hummel, 2020). Civic Space – also zivilgesellschaftlicher (Handlungsspiel)raum meint jene Sphäre, in der sich zivilgesellschaftliche Akteur:innen frei bewegen, organisieren, protestieren und legitimerweise Protest äußern können. Gegenwärtig verschlechtern sich die Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in vielen europäischen Ländern, was mit Einschränkungen des civic spaces verbunden ist (Simsa, 2019, 2022a; Strachwitz, 2023; Toepler et al., 2020). In Österreich war die Situation der Zivilgesellschaft lange Zeit vergleichsweise gut; in vielen Bereichen gibt es eine Tradition der Zusammenarbeit von Staat und Zivilgesellschaft (Bogorin et al., 2020; Simsa, 2021). Seit 2017, unter der Koalition von ÖVP und FPÖ, waren allerdings deutliche Verschlechterungen der Situation der Zivilgesellschaft beobachtbar. Eine Studie dazu zeigt, dass diese Regierung klare autoritäre Strategien gegenüber der Zivilgesellschaft entwickelt hat, wie Einschränkungen der politischen Partizipation, Polarisierung, Delegitimierung und finanzielle Kürzungen für regierungskritische zivilgesellschaftliche Organisationen (Simsa, 2019). Seit 2020 wurde die Kommunikation zwischen Regierung und Zivilgesellschaft etwas besser, es kam seltener zur Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Akteur:innen, es wurde weniger polarisiert und systematische Kürzungen bei regierungskritischen NGOs waren nicht beobachtbar. Von 2018 an kam die Klimabewegung stärker in den Vordergrund. Große Mobilisierungen, v.a. im Zuge der „Fridays for Future“ sorgten für Großdemonstrationen, Medienecho und auch politischen Einfluss auf Wahlen. Während der Covid-Pandemie war dieses Engagement eingeschränkt (Bittner, 2021). Nach der Pandemie nahmen die Aktivitäten der Klimabewegung wieder zu und sie radikalisierten sich teilweise, v.a. im Rahmen von Aktivitäten zivilen Ungehorsams und von Blockaden, die stark polarisierten. „Fridays for Future“ gerieten in den Hintergrund, während die Initiative der „Letzten Generation“ am deutlichsten wahrnehmbar war.

Welchen Druck erleben zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Umwelt- und Klimabereich?

Die größten Problemfelder stellen die Finanzierung und mangelnde Ressourcen sowie die Überlastung der Aktivist:innen und Mitarbeiter:innen dar. Die Formen des erlebten Drucks hängen stark vom Tätigkeitsbereich und den Aktionsformen ab. Das Spektrum reicht von sehr manifesten Formen, wie Festnahmen, körperliche Gewalt, Hausdurchsuchungen oder Geldstrafen, über die Androhung von Anzeigen oder finanziellen Kürzungen bei NGO bis zu Delegitimierung durch abwertende Narrative (z. B. Klimaterroristen, Hysteriker) oder allgemeinem persönlichem Druck auf einzelne Personen. Besonders häufig werden die folgenden Formen genannt:

Finanzieller Druck bzw. mangelnde Ressourcen

Das Thema rangiert bei Befragten an erster Stelle, 80 % sind davon (stark) betroffen. NGOs, die mehr Fixkosten bestreiten müssen, spüren die Inflation und reduzierte bzw. nicht inflationsangepasste staatliche Subventionen, auch Spenden sind seit der Pandemie eher rückläufig. Als Konsequenz werden weniger Themen bearbeitet, weniger Aktionen durchgeführt und der Druck auf einzelne Mitarbeiter:innen steigt. Aktivist:innen haben meist kaum Ressourcen für Büroräume und Infrastruktur und sind zudem häufig mit Geldstrafen konfrontiert.

Überforderung und Zeitaufwand

Die Überlastung der Aktivist:innen und Mitarbeiter:innen stellt für 72 % der in der quantitativen Erhebung Befragten ein Problem dar, nur 4 % sind davon nicht betroffen. Viele Personen wenden sehr viel Zeit für Klima- und Umweltarbeit auf, verbunden mit externem Druck kann dies zu hoher Anspannung bis Überforderung und wahrgenommenen Burn-out sowohl in etablierten NGOs als auch unter Aktivist:innen führen.

Delegitimierung und Diffamierung im Diskurs

Delegitimierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten ist eine wesentliche Form ihrer Einschränkung. Abwertende Narrative bereiten häufig einschränkende politische Maßnahmen und eine Kriminalisierung von Aktivist:innen vor. Besonders stark werden negative Narrative in letzter Zeit gegenüber Klimaaktivist:innen eingesetzt, sie werden, auch von hochrangigen Politiker:innen, als Terroristen, Extremisten und Hysteriker oder Klimachaoten bezeichnet oder mit rechtsradikalen Identitäten gleichgesetzt. Diese Delegitimierung schwächt Solidarität und Verständnis in der Bevölkerung. Während das Umweltthema in den letzten Jahren großen Zuspruch fand, dreht sich die Debatte nun zum Teil hin zum Negativen.

Repression

In Zusammenhang mit klimapolitischen Protesten wird ein hohes – und zunehmendes – Maß an Repression beobachtet. Dazu gehören Klagen in Zusammenhang mit Protesten bzw. zivilem Widerstand. Sogenannte SLAPP-Klagen zielen auf Abschreckung potenzieller Kritiker:innen. Weiters kommt es regelmäßig zu rechtswidrigen Auflösungen friedlicher Proteste, unter Anwendung übermäßiger und unnötiger Gewalt (Amnesty International, 2024). Das Polizeiaufgebot bei Klimaprotesten hat sich in den letzten Monaten erhöht, einige Aktivist:innen berichten auch von starker Repression bzw. Gewalt durch die Polizei. Auch der Einsatz neuer Technologien und Überwachungsinstrumente vergrößern den Druck.

Befragte berichten weiters, dass bestehende Gesetze zunehmend restriktiver bzw. zuungunsten der Aktivist:innen ausgelegt werden. Auch die Zuschreibung gemeinschaftlicher Gewalt oder der Verdacht der terroristischen oder kriminellen Vereinigung wird schneller geäußert. Das mit 2024 in Kraft getretene Gemeinnützigkeitsreformgesetz wird wiederum als starke rechtliche Verschärfung der Situation umweltpolitischer NGOs kritisiert, für viele stellt es eine existenzielle Bedrohung dar. NGOs erleben auch andere Formen von Repression, wie Drohungen, Einschüchterungen und der Verweigerung von Kontakt vonseiten der Politik. Auch verwaltungsrechtliche Hürden für die Durchsetzung umweltpolitischer Forderungen wird kritisiert.

Welche Konsequenzen hat der Druck auf zivilgesellschaftliche Akteur:innen?

V.a. Aktivist:innen sprechen häufig von Frustration und Angst. Der zunehmende Druck führt sowohl bei Aktivist:innen als auch bei NGOs teilweise zu einem sogenannten Chilling-Effekt. Zivilgesellschaftliche Aktivitäten, insbesondere Protestaktionen, werden abgeschwächt. Es ist anzunehmen, dass dieser Chilling-Effekt nicht auf die gesamte Umweltbewegung zutrifft, sondern vielmehr eine Spaltung passieren könnte, in radikalere und vorsichtiger Teile. Neben defensiven Strategien reagiert die Zivilgesellschaft auch mit wechselseitiger Unterstützung, Solidarisierung und der Entwicklung neuer Narrative, Symbole und Aktionsformen.

Welche Unterstützung brauchen NGOs bzw. Aktivist:innen?

Folgende Formen der Unterstützung werden von den Befragten genannt:

- Legitimität schaffen durch Finanzierung von Öffentlichkeitsarbeit
- Psychologische Betreuung und Burn-out-Prävention
- Beratung/Unterstützung in Bezug auf die interne Organisation
- Beratung/Unterstützung von Vernetzung
- Juristische Information/Weiterbildung
- Finanzielle Unterstützung bzw. Ressourcen

Resümee

Der Druck auf zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Umwelt- und Klimabereich ist in den letzten Jahren drastisch gestiegen. Dies liegt zum einen daran, dass manche ihrer Aktivitäten radikaler geworden sind. Zum anderen aber liegt es vermutlich an der Radikalität der Physik: Der Klimawandel schreitet schneller voran und seine Folgen sind verheerender als zunächst gedacht. Dies sagt der Bericht des Weltklimarates (IPCC), in dem tausende Wissenschaftler:innen seit Jahren Befunde zur Entwicklung des Klimas zusammentragen (IPCC, 2023). Umwelt- und Klimaaktivismus nimmt daher zu. Klimaaktivist:innen treffen einen Nerv, sie benennen Probleme, die viele lieber nicht sehen wollen. Deswegen werden sie zunehmend kriminalisiert und diffamiert.

9. LITERATUR

- Ágh, A. (2015). The Bumpy Road of Civil Society in the New Member States: From State Capture to the Renewal of Civil Society. *Politics in Central Europe*, 11(2), 7–21.
<https://doi.org/10.1515/pce-2015-0007>
- Amnesty International. (2024). Under protected and over restricted. The state of the right to protest in 21 European countries. Amnesty International.
- Anheier, H. K., Lang, M., & Toepler, S. (2019). Civil society in times of change: Shrinking, changing and expanding spaces and the need for new regulatory approaches. *Economics*, 13.
<https://doi.org/10.5018/economics-ejournal.ja.2019-8>
- Bittner, S. M. (2021). Bewegung und Bündnis: Eine systemtheoretische Analyse der österreichischen Klimabewegung und ihrer Bewegungsorganisationen = Movement and alliance : a systems theoretic analysis of the Austrian climate movement and its social movement organizations (S. 98 Seiten).
- Bogorin, F.-E., More-Hollerweger, E., & Simsa, R. (2020). Austria. Civil Society in Central and Eastern Europe: Monitoring 2019. Erste Stiftung.
- Booth, E. (2019). Extinction Rebellion: Social work, climate change and solidarity. *Critical and Radical Social Work*, 7(2), 257–261. <https://doi.org/10.1332/204986019x15623302985296>
- Diamond, L. (2008). The Democratic Rollback: The Resurgence of the Predatory State. *Foreign Affairs*, 87(2), 36–48.
- Freedom House. (2019). Democracy in Retreat: Freedom in the World 2019.
- Fröhlich, C., & Skokova, Y. (2020). Two for One: Public Welfare and Regime Legitimacy Through State Funding for CSOs in Russia. *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, 31(4), 698–709. <https://doi.org/10.1007/s11266-020-00203-y>
- Hayes, B., Barat, F., Geuskens, I., Buxton, N., Dove, F., Martone, F., Twomey, H., & Karaman, S. (2017). On „shrinking space“. A framing paper. Transnational Institute.
- Hummel, S. (2020). Shrinking Spaces? Contested Spaces! Zum Paradox im zivilgesellschaftlichen Handlungsraum. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 33(3), 649–670. <https://doi.org/10.1515/fjsb-2020-0056>
- Hummel, S., & Strachwitz, R. G. (Hrsg.). (2023). Contested Civic Spaces. A European Perspective. (Bd. 1). De Gruyter.
- IDEA. (2018). Voter Turnout Database.
- IPCC. (2023). AR6 Synthesis Report: Climate Change 2023.
- Kreuznacht, K. (2020). Das provokative Essay: Eine Lektüre von Hassreden gegen Greta Thunberg als illustratives Beispiel intersektionaler Dis/ability Studies. *Vierteljahresschrift für Heilpädagogik und ihre Nachbargebiete*, 89(3), 145–149. <https://doi.org/10.2378/vhn2020.art21d>
- Krlev, G., & Lund, A. B. (2020). Social Innovation Ignored: Framing Nonprofit Activities in European News Media. *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, 31(5), 949–965.
<https://doi.org/10.1007/s11266-020-00224-7>
- Levitsky, S., & Ziblatt, D. (2018). How Democracies Die. Crown.

- McAdam, D., Sampson, R., Weffer, S., & MacIndoe, H. (2006). „There Will be Fighting in The Streets“: The Distorting Lens of Social Movement Theory. *Mobilization: An International Quarterly*, 10(1), 1–18. <https://doi.org/10.17813/maiq.10.1.a62814651h028540>
- Meyer, M., Simsa, R., & Badelt, C. (2022). Nonprofit-Organisationen: Abgrenzungen, Definitionen, Forschungszugänge. In M. Meyer, R. Simsa, & C. Badelt (Hrsg.), *Handbuch der Nonprofit-Organisationen. Strukturen und Management* (6., S. 3–15). Schäffer-Poeschel.
- More-Hollerweger, E., Simsa, R., Kainz, G., Neunteufl, F., Grasgruber-Kerl, R., & Wohlgemuth, F. (2014). *Civil Society Index – Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich*. Kompetenzzentrum für Nonprofit Organisationen.
- Mouk, Y. (2018). *The People vs. Democracy: Why Our Freedom Is in Danger and How to Save It*. Harvard University Press.
- Nachtwey, O., Schäfer, R., & Frei, N. (2020). *Politische Soziologie der Corona-Proteste*. Universität Basel.
- Novakova, N. (2020). *Civil Society in Central Europe: Threats and Ways Forward*. (21). German Marshall Fund: Policy Paper no. 21. <https://www.gmfus.org/news/civil-society-central-europe-threats-and-ways-forward>
- Simsa, R. (2016). *Beiträge der Zivilgesellschaft zur Bewältigung der Flüchtlingskrise in Österreich – Herausforderungen und gesellschaftliche Rahmenbedingungen*.
- Simsa, R. (2019). *Civil Society Capture by Early Stage Autocrats in Well-Developed Democracies—The Case of Austria*. *Nonprofit Policy Forum*, 10(3), 1–10. <https://doi.org/10.1515/npf-2019-0029>
- Simsa, R. (2021). *Austria: Troubles in the „land of the blessed“*. In *EU-Russian Civil Society Forum (Hrsg.), 2020 Report on the State of Civil Society in the EU and Russia*.
- Simsa, R. (2022a). *Changing Civic Spaces in the Light of Authoritarian Elements of Politics and the Covid Crisis – The Case of Austria*. *Nonprofit Policy Forum*, 13(3), 211–228. <https://doi.org/10.1515/npf-2021-0053>
- Simsa, R. (2022b). *Gesellschaftliche Restgröße oder treibende Kraft? Soziologische Perspektiven auf NPOs*. In M. Meyer, R. Simsa, & C. Badelt (Hrsg.), *Handbuch der Nonprofit-Organisation. Strukturen und Management* (6., S. 131–147). Schäffer-Poeschel.
- Simsa, R., Mayer, F., Muckenhuber, S., & Schweinschwaller, T. (2021). *Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich*. Projektbericht. Wirtschaftsuniversität Wien.
- Simsa, R., Neunteufl, F., Ahlfeld, C., Grasgruber-Kerl, R., Heckermann, B., Moder, C., Pranzl, J., & Stadlbauer, J. (2019). *Update Civil Society Index. Rahmenbedingungen für die Zivilgesellschaft in Österreich*. IGO, WU.
- Strachwitz, R. G. (2023). *The Civic Space: Growing – Shrinking – Closing – Changing? A Comparative Analysis*. In S. Hummel & R. G. Strachwitz (Hrsg.), *Contested Civic Spaces. A European Perspective*. (Bd. 1). De Gruyter.
- Toepler, S., Zimmer, A., Fröhlich, C., & Obuch, K. (2020). *The Changing Space for NGOs: Civil Society in Authoritarian and Hybrid Regimes*. *VOLUNTAS: International Journal of Voluntary and Nonprofit Organizations*, 31(4), 649–662. <https://doi.org/10.1007/s11266-020-00240-7>
- Youngs, R. (2018). *Overview: Conservative Civil Society on the Rise*. In R. Youngs (Hrsg.), *The Mobilization of Conservative Civil Society*.